

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postcheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei u. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Beriegung in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gspalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10gsp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gsp. Kolonelle mit 50% Nachlab. Reklamezeile 2 Mk. Inserate u. ausw.: die 10gsp. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Pause im Flottenwettrüsten

Das unter Führung englischer Arbeiterminister zustandgekommene englisch-französisch-italienische Flottenabkommen schränkt die Seerüstungen ein

Das Flottenkompromiß

SPD Paris, 11. März.

Die lang erwartete Veröffentlichung des französisch-italienischen Flottenkompromisses ist am Mittwoch endlich erfolgt. Das Dokument ist aber in so dunklem Kanonstil gehalten, daß es nur wenigen im Dienst ergrauten Fachleuten gelingen kann, sich aus diesem Text ohne weiteres ein Bild zu machen. Das Abkommen enthält folgende Bestimmungen:

An Großkampfschiffen dürfen Frankreich und Italien je zwei Panzerkreuzer von je 23 000 Tonnen bauen, müssen dafür aber zwei alte Einheiten abrüsten. Ihre Gesamttonnage für Großkampfschiffe wird in Abänderung des Abkommens von Washington von 175 000 auf 181 000 Tonnen erhöht. Vier 10 000-Tonnen-Kreuzer dürfen nur noch im Bauprogramm von 1930 ausgeführt werden. An kleinen Kreuzern dürfen nur Ersatzbauten vorgenommen werden, und auch dann nur von alten Einheiten, die über 18 Jahre lang im Dienst sind. An U-Booten wird ebenfalls nur das Bauprogramm von 1930 ausgeführt, und der Ersatz alter Einheiten höher gestellt. Dazu wird bemerkt, daß Frankreich somit eine U-Boottonnage von 82 000 Tonnen erhält, die „nach Ansicht Englands zu hoch ist gegenüber der englischen Zerstörer-Tonnage von 150 000 Tonnen“. Trotzdem verzichte England auf jeden Widerspruch, so heißt es im Vertragstext ausdrücklich, unter Vorbehalt der allgemeinen Revision der Flottenstärke durch die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932. In einem Anhang endlich bestimmt der Vertrag, daß Frankreich und Italien den Londoner Flottenabkommen beitreten, daß aber der vorliegende Vertrag nur eine Regelung bis 1936 darstelle, ohne das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten endgültig festzulegen.

Das vorliegende Flottenabkommen stellt alles in allem ein nicht unbeträchtliches Entgegenkommen Frankreichs und Italiens auf dem Wege der Abrüstung dar. Beide Mächte verzichteten bis 1936 auf alle Neubauten mit Ausnahme der beiden Panzerkreuzer von 23 000 Tonnen. Nur Ersatzbauten sind gestattet. Nach dem Vertrag stellt sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten wie folgt dar (erste Zahl Frankreich, zweite Italien): Großkampfschiffe 7, 4; Panzerkreuzer 5, 4; große Kreuzer (10 000 Tonnen) 7, 7; kleine Kreuzer 11, 15; Zerstörer 31, 56; Hochsee-Torpedoboote 64, 36; Küsten-Torpedoboote 0, 38; U-Boote 82 000 Tonnen, 52 700 Tonnen; Flugzeugmutterchiffe 1, 0. Die Überlegenheit der französischen Flotte gegenüber der italienischen bezieht sich nach Durchführung des Vertrags noch auf rund 155 000 Tonnen.

Ueber 100 Millionen Mark weniger!

Die Arbeiterregierung kürzt den Marineetat

WLB London, 11. März.

Der Erste Lord der Admiralität Alexander legte heute dem Unterhaus den Voranschlag zum Marinehaushalt vor und wies bei der Begründung des Budgets darauf hin, daß die Gesamtausgaben

Agrargesetz im Reichsrat

Preußen für Getreidefleischzufuhr

SPD. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben am Mittwoch die Zollvorlage der Regierung und in Verbindung damit die Reichstagsbeschlüsse zum Vorkaufgesetz und über die Getreidefleischzufuhr in erster Lesung beraten. Die endgültige Entscheidung der Ausschüsse fällt in einer zweiten Lesung am Freitag nachmittag. Die Plenarsitzung des Reichsrats, die am Donnerstag die Zollvorlage verabschieden sollte, ist auf Freitag abend verlegt worden.

Die preussische Staatsregierung hat ihre Reichsratsbevollmächtigten beauftragt, für das Getreidefleischgesetz zu stimmen. Dagegen werden sich jedoch die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Braunschweig und wahrscheinlich auch Sachsen gegen das Gesetz wenden. Da ein Teil der preussischen Provinzen wie Ostpreußen und Brandenburg mit ihren deutschnationalen Vertretern dem Gesetz ebenfalls ihre Zustimmung versagen wird, ist kaum mit seiner Annahme zu rechnen.

Konferenz der Innenminister

Wie wir erfahren, werden an der am Montag stattfindenden Konferenz der Innenminister der Länder, die heute vom Minister Severing im preussischen Landtagsauschuss angekündigt wurde und die sich mit der Gottlosen-Frage beschäftigen soll, die Innenminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen teilnehmen.

für den Marineetat gegenüber dem Voranschlag von 1929 um fast 5,5 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt worden seien. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen äußerte er sich sehr eingehend über die Ergebnisse der Flottenverhandlungen zwischen Frankreich, Italien und Großbritannien und sagte u. a., er freue sich, mitteilen zu können, daß sowohl von Seiten der Vereinigten Staaten als auch von Seiten Japans Andeutungen ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu den im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen erfolgt seien. Auch alle auf der Londoner Flottenkonferenz vertretenen Glieder des Britischen Reiches hätten zugestimmt. Es lasse sich sagen, daß das Abkommen sich auch politisch günstig auswirken werde. Die Lösung des französisch-italienischen Flottenproblems beseitige ein sehr störendes Element in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten und schaffe eine weit günstigere Atmosphäre für die Erörterungen anderer Fragen, die zwischen diesen beiden Mächten schwebten. Vor allem habe die Regelung der französisch-italienischen Flottenfrage die Aussichten auf einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz 1932 erhöht.

Hermann Müller schwer erkrankt

SPD Berlin, 12. März.

Hermann Müller ist plötzlich wieder schwer erkrankt. In seinem Befinden ist seit Mittwochabend eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die behandelnden Ärzte, die den Patienten am Mittwochabend nochmals eingehend untersucht haben, sind übererregt gekommen, zunächst von einer Operation abzusehen. Borerst ist es jedoch fraglich, ob Müllers Genesung überhaupt ohne operativen Eingriff möglich sein wird.

Achtung! Achtung!

„Sozialdemokratische Betriebsarbeiter“ der RWD

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern der erste Rat für den Panzerkreuzer B zugestimmt. Der Beschluß wurde mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Fraktionen gegen die Kommunisten gefaßt. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben Stimmenthaltung geübt, nachdem sie den Standpunkt der Fraktion in einer Erklärung dargelegt hatten. Damit ist noch keine endgültige Entscheidung gefällt. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich in vielstündigen Debatten mit den Linien der Brüning'schen Gesamtpolitik auseinandergesetzt, hat die definitive Entscheidung hinausgeschoben, bis die Verhandlungen abgeschlossen und die Beschlüsse im Steuerausschuß über die „Millionärsanträge“ sowie über die Wehrbeitragspläne der Sozialdemokraten gefaßt worden sind. Wir haben bereits mehrfach dargelegt, daß die Entscheidung über den Panzerkreuzer B für die Sozialdemokratie eine außerordentlich schwierige ist. Aber das Gesamtproblem bleibt nach wie vor: Soll im Kampfe um den Panzerkreuzer den Nationalsozialisten der Weg zum Dritten Reich geöffnet werden? Soll durch den Panzerkreuzer den Deutschnationalen das Sprungbrett bereitet werden, um ihre Ziele zu erreichen?

Während der letzten Tage wurde in der deutschen Presse ein harter Streit zwischen Herrn Hugenberg, dem Ernährungsminister Dr. Schiele und dem Reichstanzler Dr. Brüning ausgefochten. Herr Hugenberg warf Dr. Brüning vor, daß er bei den Verhandlungen, die vor dem Zusammentritt des am

Panzerkreuzer B angenommen

Stimmenthaltung der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß

Erklärung Dr. Groeners

SPD Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch den Marineetat an. Die Baurate für den Panzerkreuzer B wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Vertreter angenommen.

Abg. Stülcken (Soz.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß die Ausgaben der Reichsmarine insgesamt 191 Millionen Mark betragen. Der Bestand der Beamten, Angestellten und Arbeiter sei auf einen Abbau hin zu prüfen, trotzdem bereits 57 Beamte, 91 Angestellte und 374 Arbeiter abgebaut seien. Bei der Marineleitung sei kein Abbau vorgenommen worden. Aus den Reihen der Mannschaften seien bemerkenswerte Kräfte nicht geäußert worden. Es scheine, daß eine gewisse Konsolidierung eingetreten sei, auch die Zahl der Unfälle und Selbstmorde sei gering. Der Andrang zur Reichsmarine sei nach wie vor sehr groß. Im letzten Jahre haben sich 30 800 junge Leute beworben, von denen nur rund 1000 eingestellt werden konnten. Die Mehrzahl der Bewerber stamme nicht aus den Seegebieten.

Abg. Hünlich (Soz.)

In den Hauptfragen ist bei der Marine das gleiche zu bemerken, wie beim Reichsheer. Sie unterliegt den gleichen erfreulichen und unerfreulichen Erscheinungen, die sich aus dem mehr oder minder heftigen Kampf erklären, der unser Volk durchtobt. Das ist deutlich wahrzunehmen, wenn man sie aus der nächsten Nähe beobachten kann. Es lassen sich Fälle beobachten, in denen Offiziere und Soldaten eine korrekte Gesinnung an den Tag legen, und andere, in denen das zum mindesten zweifelhaft ist. Angesichts dieser Entwicklung erwächst den höheren Offizieren zweifellos die nicht leichte Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen und eigenes Vorbild für die Integrität der Truppe zu sorgen.

Mit dem Ausscheiden der letzten Deskoffiziere sind erhebliche Schwierigkeiten für das fahrende Material entstanden. Es soll versucht werden, diese Schwierigkeiten dadurch zu beheben, daß man Oberfeldwebel veranlaßt, länger als zwölf Jahre zu dienen. Wenn das aber richtig wäre, dann sollte man zugeben, daß die Beseitigung der Deskoffiziere ein schwerer organisatorischer Fehler gewesen ist, und aus dieser Erkenntnis den Schluß ziehen, den Deskoffizier wieder einzuführen. Was soll man dazu sagen, wenn die Marineverwaltung in ihren Depotbetrieben noch nicht einmal die 48-Stunden-Woche zugeht, sondern mit großer Zähigkeit die 52- und 56-Stunden-Woche verteidigt. Der Redner gibt dann namens der sozialdemokratischen Mit-

glieder im Haushaltsausschuß die gestern bereits wiedergegebene Erklärung ab.

Abg. Dr. Rühl (Staatspartei): Die Marine ist integrierender Bestandteil der deutschen Wehrmacht. Wir werden die zu ihrem Unterhalt erforderlichen Mittel bewilligen, ohne hiermit politische Kompensationen auf anderen Gebieten in Verbindung zu bringen.

Abg. Gering (Ztr.): Deutschlands Interessen erfordern es, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Abrüstungsvorschriften des Versailler Vertrages für die Landesverteidigung gelassen haben. So schwierig die Finanzlage des Reiches heute auch sei, so müsse auch um deswillen der Bau des zweiten Schiffes in Angriff genommen werden, weil sonst in Wilhelmshaven und Kiel größere Arbeiterentlassungen bei den Marinebetrieben erfolgen müßten.

Abg. Ruhnigk (Soz.) betonte gegenüber Ausführungen des Kommunisten Stoeker, daß die Sozialdemokratie dem Bau des Panzerkreuzers B nicht zugestimmt habe, sondern sich zunächst lediglich der Stimme enthalten werde. Der Redner kritisierte dann Vorgänge in Wilhelmshaven und Rüstingen. Die dortigen Marineleistungen erwiesen sich als sehr schwach gegenüber den Nationalsozialisten, aber gegenüber den Kommunisten zeigten sie eine desto größere Schärfe.

Reichswehrminister Dr. Groener

wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Ostsee eine besondere strategische Rolle spiele. Diese strategische Bedeutung der Ostsee sei nach dem Weltkrieg durch die unglückliche Grenzziehung im Osten noch gestiegen. Das strategische Kernstück stelle die Verteidigung Ostpreußens dar. Er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun, zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreußens mit den äußersten Mitteln zu gewährleisten. (Lebh. Beifall.) Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem Rahmen, den uns der Versailler Vertrag gelassen habe, entschlossen habe, stehe und falle er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Abg. Schäpflin (Soz.) wandte sich in einer grundsätzlichen Erklärung gegen die Vorwürfe der Kommunisten, die Sozialdemokratie habe ihren Standpunkt zur Wehrmacht geändert. Er habe schon 1919 in der Nationalversammlung die Schaffung einer Wehrmacht vertreten. Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehretat in allen Jahren bewilligt. Daß sie zu Einzelpositionen Streichungen verlangt habe, ändere an dieser Grundeinstellung nichts. Donnerstag Finanzetat und Postetat.

14. September gewählten Reichstages geführt worden sind, die Forderungen der Deutschnationalen abgelehnt habe. Dr. Oberjöhren, der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die rechte Hand Dr. Hugenberg's, kam am Mittwochabend in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Weimar auf diesen Streit zurück. Das Thema dieser Versammlung zeigte bereits die Fronten auf. Es lautete: „Die Brüning — die Hugenberg!“ Oberjöhren teilte mit, die Deutschnationalen hätten Herrn Brüning nachstehende Forderungen vorgelegt:

„Erstens: Sie müssen als Führer der Regierung und als prominentestes Zentrumsmittglied Ihren Einfluss bei Ihrer Partei dahin einsetzen, daß das Zentrum als Partei zur Förderung christlicher Belange sich von der Gemeinschaft (Preußen) mit der das Christentum bekämpfenden Sozialdemokratie löst. Diese Forderung wurde rundweg abgelehnt.“

Die zweite Forderung lautete: Nachdem der Reichskanzler sich als Chef einer bürgerlichen Regierung bezeichnet hat, soll er sich bereit erklären, seinen Einfluss dahin einzusetzen, daß nunmehr in der Führung der Reichspolitik erkennbar werde, daß er bereit sei, sein Kabinett im Sinne einer wirklich bürgerlichen Reichsregierung umzugestalten. Auch diese Forderung wurde abgelehnt.

Die Darlegungen Dr. Oberjöhrens bestreiten nur, was sonst schon hinreichend bekannt ist. Die Deutschnationalen verlangten die Aufgabe der preussischen Koalition sowie ein rein antimarxistisches Kabinett im Reich. Niemand wird behaupten wollen, daß die Regierung Brüning-Treutmanns irgendwie marxistenfreundlich wäre. Wenn aber die Deutschnationalen mit dem jetzigen Kurs des Lohnabbaus und der Sozialpolitik noch nicht zufrieden sind, dann ergibt sich daraus schon, was von der Regierung zu erwarten gewesen wäre, die Herr Hugenberg gefordert hat.

Dr. Brüning hat das Verlangen der Deutschnationalen abgelehnt. Darum der Kampf der Rechtsopposition gegen sein Kabinett, und deswegen der Auszug beider Fraktionen aus dem Reichsparlament. Jetzt rechnen sie mit einer Regierungskrise, die durch den Panzerkreuzer entstehen soll. Die Sozialdemokratie hat jetzt zu entscheiden, ob durch den Panzerkreuzer die preussische Position torpediert werden soll.

Die Wahlen vom 14. September haben der deutschen Wirtschaft die Kredite des Auslandes entzogen, ohne die die Wiedererlangung kaum möglich erscheint. Im Ausland werden Kapitalien zu Spottzinsen abgegeben, während in Deutschland ausländische Kredite, vor allem für die Privatwirtschaft, nicht zu haben sind, obwohl in der Woche vom 28. Februar bis zum 6. März nach dem Zinspiegel der „Vossischen Zeitung“ für tägliches Geld in Berlin der Durchschnittszinssatz von 6,88 Prozent gezahlt werden mußte. Die außerordentliche Schwere der Situation ergibt sich aus folgendem Vergleich der Kapitalerträge, der ebenfalls der „Vossischen Zeitung“ vom 18. März 1931 entnommen ist:

	Woche vom 28.2.—6.3.	Drei-Monats-Bankzins	Woche vom 28.2.—6.3.
Tägliches Geld	28,2—6,3	Berlin	4,83
Berlin	6,88	Frankfurt a. M.	4,83
Frankfurt a. M.	4,90	Amsterdam	1,00
(Scheinkauf)	1,13	London	2,67
Amsterdam	2,45	Paris	1,75
London	1,50	Zürich/Int.-Ziehungen	1,00
Paris	1,50	Zürich/Ausl.-Ziehungen	1,13
Zürich	1,50	Neuyork	1,56
Neuyork			

Niedrige Zinssätze sind das Symptom für die Flüssigkeit des Geldmarktes. In Amsterdam wurde für tägliches Geld in der Woche vom 28. Februar bis 6. März ein Zinssatz von 1,13 erzielt, während in Berlin 6,88 Prozent anzulegen waren. Damit ergibt sich, daß der Kapitalist für in Berlin angelegtes tägliches Geld sechs mal soviel erzielte als in Amsterdam. Trotzdem hält der holländische Kapitalist sein Geld zurück, weil er zu der Entwicklung in Deutschland kein Vertrauen hat. Wie aber müht sich die Dinge gestalten, wenn jetzt eine Krise ausbrechen würde, über deren Ablauf niemand mit irgendwelcher Sicherheit sagen kann, was am Ende steht. Die englische Wirtschaftszeitung, der „Economist“, weist in einem Aufsatz „Brüning oder Hitler?“ auf die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland hin. Er schreibt: „Schon eine geringe Zufuhr ausländischen Kapitals würde die allgemeine Geschäftslage (in Deutschland, die Red.) erheblich bessern.“ Glaubt etwa der kommunistische Arbeiter — wenn er die Dinge in Russland kennen würde, wüßte er, daß dort die gleichen Schwierigkeiten vorhanden sind —, daß durch eine zielbewußt herbeigeführte Regierungskrise auch nur die geringste Zufuhr ausländischen Kapitals ermöglicht werden könnte?

Aus all diesen Erwägungen ergibt sich die ungeheure Verantwortung, die zur Zeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufgebürdet ist. Würde sie sich von rein agitatorischen Gründen leiten lassen, dann hätte sie es jederzeit in der Hand, den Panzerkreuzer zu torpedieren. Damit aber würde gleichzeitig das „marxistische Regime“ in Preußen torpediert. Damit die Möglichkeit, ausländische Kredite für Deutschland freizumachen. Hugenberg hätte dann, was er bereits im Oktober forderte.

Die Kommunisten haben, wie an anderer Stelle zu ersehen ist, eine große Aktion vorbereitet, durch die die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in den Gewerkschaften, den Genossenschaften, den Sportorganisationen, „unter Trommelfeuer genommen“ werden sollen. Zu diesem Zwecke werden besonders präparierte Redner fix und fertige Protestresolutionen von Berlin zugesandt. Diese werden in Betriebsversammlungen, Veranstaltungen der Sportvereine, Genossenschaften und der Gewerkschaften mit entsprechender Aufmachung vorgelegt. Die Kommunistische Partei hatte weiterhin besonders ausgewählte Mitglieder der SPD mit sozialdemokratischen Mitgliedsbüchern aus. Um der Aktion eine besondere Wirkung zu verleihen, müssen die Beauftragten der SPD diese im Zentralbüro der Kommunisten gefälschten SPD-Mitgliedsbücher demonstriativ zerreißten. Dann kommen entsprechende Berichte in den Kubelfahnen, etwa dergestalt:

„Im Betrieb Soundso fand eine starkbesuchte — das sind etwa 1 Prozent der Belegschaft — Versammlung statt. Einer vom Belegschaftsmittglied Soundso eingebrachten — in Berlin verfertigten — Resolution wurde einstimmig zugestimmt. In ihrer Empörung hatten 12 SPD-Arbeiter ihre Mitgliedsbücher herdoor und zerrissen sie vor der gesamten Belegschaft.“

Die kommunistische Presse ist bereits dabei, die entsprechende Stimmung vorzubereiten. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ druckt unter dem Stichwort: „Ist das nicht Sozialfaschismus?“ sämtliche Anträge ab, die die SPD-Fraktion zu der Abtötung über den Etat Dr. Wirths dem Reichstag unterbreitete. Da heißt es u. a.:

Dritte Abtötung. Kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Demonstrationsverbots. Die SPD stimmte dagegen.

Den Lesern wird freilich nicht mitgeteilt, welches Demon-

Das nennt sich ein Geschäft!

Das Risiko dem Staat — der Gewinn den Großindustriellen

Russenaufträge

SPD Die am Mittwoch aus Russland zurückgekehrten deutschen Großindustriellen haben der Reichsregierung über ihre Eindrücke und Verhandlungen sofort Bericht erstattet. Die Reichsregierung veröffentlicht dazu ein äußerst zurückhaltendes Kommuniqué, in dem es heißt, daß ihre Stellungnahme zu dem Ergebnis der Verhandlungen „erst nach Vorlegung und Überprüfung des gesamten Materials zu erwarten ist“. Einzelheiten über die von den Russen erteilten Aufträge werden vorläufig nicht mitgeteilt.

Wie verlautet, ist bereits in den gestrigen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und zahlreichen anderen Mitgliedern des Reichskabinetts mit den aus Moskau zurückgekehrten Industriellen eine vorläufige Klarheit dahin geschaffen worden, daß Reich und Länder bereit sind, für die von den deutschen Industriellen in Moskau vereinbarten neuen Aufträge weitgehende Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Dazu meldet die Vossische Zeitung im einzelnen:

„Die Bürgschaften für die sich im ganzen auf 300 Millionen beläufigen Neuaufträge sollen vom Reich zu 40 v. H., von den Ländern zu 30 v. H. getragen werden, so daß der Restbetrag von 90 Millionen auf eigenes Risiko der Industrie laufen würde. Allerdings haben sich auch einzelne Städte zur Übernahme weiterer Ausfallbürgschaften bereit erklärt in der Hoffnung, dadurch in der Wohlfahrtspflege entlastet zu werden. Zu lösen bleibt allerdings die Frage der Vorfinanzierung für die Lieferungen. Die russische Regierung ist bereit, für ein Fünftel der Bestellungen Wechsel auszustellen, die in Deutschland bevorzugen werden müßten. Nachdem aber Reich und Länder sich zu einer weitgehenden Bürgschaftsübernahme entschlossen haben, sind die Verhandlungen mit der Reichsbank und den großen Privatbanken über diese Frage wesentlich erleichtert.“

Dazu ist festzustellen, daß eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung über die Übernahme der Ausfallbürgschaften bisher noch nicht vorliegt. Das Kabinett wird sich mit der Sache erst am Freitag befassen.

Der „Soz. Pressedienst“ kommentiert das Russengeschäft mit den deutschen Großindustriellen u. a. so:

Ein russischer Sammelauftrag würde der deutschen Schwerindustrie und der elektrotechnischen Industrie in Deutschland,

die dafür nach Lage der Dinge in Frage kommen, sicher sehr willkommen sein. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hängen aber selbstverständlich von der Höhe der Aufträge ab. Hier lehren die Erfahrungen, daß ein Export in Höhe von 1 Milliarde Mark etwa 100 000 Arbeitern in Deutschland Beschäftigung geben würde. In Kreisen der Industrie rechnet man jedoch nicht einmal mit Aufträgen in Höhe von 500 Millionen Mark. Man erwartet im besten Falle Bestellungen, die alles in allem etwa 300 Millionen Mark ausmachen würden. Aber auch hier sind die Vorbedingungen durchaus ungeklärt...

Russland steht in der Rationalisierung, die im Fünfjahresplan festgelegt ist. Es befindet sich in einer Investitionsperiode, die die meisten Industrieländer, z. B. Deutschland, hinter sich haben. Ist das Merkmal der Wirtschaftssituation in den kapitalistischen Industrieländern die Überproduktion an Waren, so leidet Russland an einer fürchterlichen Warenknappheit, die soweit geht, daß sich der Zwang zur verminderten Einfuhr von Produktionsmitteln und zum vermehrten Import von Konsumartikeln immer stärker ausprägt. Eine solche Wendung in der russischen Handelspolitik würde die Unterminierung des Fünfjahresplans, d. h. der ganzen russischen Rationalisierung bedeuten. Die Katastrophe kann nur vermieden werden, wenn Russland irgendwo in der Welt Maschinenteile erhält. Infolgedessen war und ist die ganze russische Politik der letzten Monate darauf eingestellt, diese Kredite irgendwie herbeizuholen. Die letzten Anstrengungen auf diesem Gebiet werden durch die Reise der deutschen Großindustriellen nach Russland charakterisiert. Die Offerte der Russen an die deutsche Industrie ist mit ein Versuch, die Abwicklung des Fünfjahresplans einigermaßen zu sichern. Russland ist bei diesem Geschäft nicht der gebende, sondern der nehmende Teil...

Selbst wenn in Betracht gezogen wird, daß man von Ausfällen in den Russengeschäften bis jetzt nichts gehört hat, so ist eine genaue Überprüfung des neuen Projekts notwendig. Es muß von vornherein vermieden werden, daß Reich und Länder eines guten Tages für die Abmachungen zwischen den deutschen Industriellen und der sowjetrussischen Wirtschaftsbürokratie gerade zu stehen haben. Ist das Projekt einigermaßen günstig, dann muß es selbstverständlich abgeschlossen werden. Im anderen Falle ist es besser, die Finger davon zu lassen.

Panzerkreuzerkampagne der KPD

Besonders präparierte Mitgliedsbücher der SPD, die dann auftragsgemäß zerrissen werden müssen

Die Spitzel werden ausgetauscht

SPD Aus kommunistischen Kreisen erfahren wir:

„Die KPD-Zentrale hat ihren Bezirksleitungen Anweisungen zu einer großen Panzerkreuzerkampagne gegen die SPD gegeben. Dieser eingehend ausgearbeitete Plan sieht u. a. vor, daß alle Veranstaltungen, in denen sozialdemokratische Mitglieder und Wähler erscheinen könnten, so Versammlungen der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Arbeiter-Kultur- und Sportorganisationen, „unter Trommelfeuer genommen“ werden sollen. Zu diesem Zwecke sind fraktionelle Vorbereitungen befohlen, in denen die Taktik, bestimmte Redner vorzuschieben, und fix und fertige Protestresolutionen einzuliefern, festzulegen sind. Vor allem jedoch wird Wert auf das Einbringen in sozialdemokratische Mitglieder- und Funktionärversammlungen gelegt.“

Unter Verwendung dazu besonders präparierter Mitgliedsbücher und Kuwelle sollen KPD-Beauftragte in der Maschinerie sozialdemokratischer Betriebsarbeiter und Gewerkschafter auftreten und die bekannte Waage der KPD ableiern.

trationsverbot damit gemeint gewesen ist. Ob das Verbot der Demonstrationen im Sowjetstaat oder in Italien? Uebrigens haben die Führer der Trustbourgeoisie an der Eröffnungssitzung des russischen Reichstages teilgenommen. Warum hat man diese Anträge nicht vertrauensvoll den Herren Forstg und Siemens mitgegeben, damit diese die Aufträge der KPD vor dem Sowjet-Reichstag vertreten konnten? Jedenfalls zeigen die Pläne des kommunistischen Zentralkomitees, nach welcher Richtung das „Trommelfeuer“ in den nächsten Wochen gelenkt werden soll. Wenn ein Kommunist oder ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei einer Belegschaft in den kommenden Tagen auf eine Versammlung dringt, wenn in dieser dann eine geharnischte Protestresolution zur Vorlage kommt, wenn dann zerrissene Mitgliedsbücher der SPD in die Lüfte fliegen, dann — trauter Volksgenosse — sei dir bewußt, daß dieses ganze Affentheater in Berlin wohl vorbereitet worden ist.

Die KPD versucht die verhasste Sozialdemokratische Partei zu torpedieren, weil diese nicht willens ist, dem Faschismus die Wege frei zu geben.

Die Monarchisten brauchen ein Komplott

SPD Paris, 12. März. Wie die Havas-Agentur aus Spanien berichtet, haben die spanischen Behörden ein neues Komplott entdeckt. Ziel der Verschwörung soll es gewesen sein, die politischen Häftlinge, die augenblicklich in der Zitadelle von Jaca sitzen, zu befreien. Das Gerichtsgebäude in Jaca, in dem sich die Akten über die Teilnehmer an der letzten revolutionären Bewegung befinden, sollte in Brand gesetzt werden. Außerdem hätten die Verschwörer vorgehabt, die spanische Grenzwaage an dem internationalen Eisenbahntunnel in Konfranc zu überfallen, um sich so einen freien Rückzug nach Frankreich zu sichern. Zahlreiche Einwohner von Jaca seien in die Verschwörung verwickelt. Auch seien etwa 20 ortsfremde Personen verhaftet worden, die in den verschiedenen Hotels der Stadt abgestiegen waren. Die Grenzwaage ist durch Verhaftungen von Madrid und Saragossa verbohrt worden, da am 13. März der Prozeß gegen die Teilnehmer an dem letzten Aufstand beginnen soll.

Die Inder fürchten Verrat

SPD Bombay, 11. März.

Der Vorstoß der englischen Konservativen gegen die Indienspolitik der Arbeiterregierung hat in ganz Indien großes Aufsehen erregt und den Gegnern des Friedensschlusses Wasser auf die Mühlen getrieben. Selbst die gemäßigten Inder sind der Ansicht, daß das Friedensabkommen auf der Grundlage geschlossen worden sei, daß alle englischen Parteien damit einverstanden sind.

Schon erübt bereits der Ruf „Landesverrat“, und selbst Gandhi ist gezwungen, dieser Stimmung entgegenzukommen. In einer öffentlichen Rede erklärte der allindische Führer am Mittwoch, er wundere sich nicht über die englischen Konservativen, und es sei gut, daß sie schon jetzt offen ihre Karten auf den Tisch legen. Das tue aber auch der allindische Kongress. Es gebe nur eins: vollkommene Selbständigkeit und Selbstverwaltung Indiens.

Die Abrüstungsvorlage in Dänemark

SPD Kopenhagen, 12. März.

Der Folkething nahm am Mittwochabend mit 77 Stimmen der Sozialdemokraten und Radikalen gegen 64 Stimmen der Konservativen und der Bauernlinken die Abrüstungsvorlage der Regierung staunend an. Die Vorlage, die eine wesentliche Herabsetzung der militärischen Ausgaben vorsieht, geht jetzt dem Landsting zu, wo ihre Verabschiedung nicht so ohne weiteres möglich sein wird wie im Folkething. Im Landsting besitzt die Regierung nicht die Mehrheit.

„Gefesselte Justiz“ vor Gericht

Wie der Soz. Pressedienst meldet, hat die Staatsanwaltschaft I Berlin gegen den Schriftsteller Moriz (Zarnow) und den Verleger Lehmann öffentliche Klagen wegen formaler Beleidigung und übler Nachrede gegenüber dem preussischen Landtagsabgeordneten Kuttner (Sozialdemokrat) erhoben. Die Verhandlung wird vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte durchgeführt werden.

Der Krach in der Thüringischen Koalition

„Leisetreter und Schappschwänze“, „charakterlos und trodelhaft“

SPD Weimar, 11. März.
Die Differenzen unter den thüringischen Koalitionsparteien waren bis Mittwoch abend noch nicht beigelegt. Veranlassung zu dem Krach gab, wie wir bereits meldeten, ein Artikel in dem Weimarer Nazi-Blatt, der von dem Vorsitzenden der Nazi-Fraktion, Sautel, stammt und in dem sowohl der Volkspartei, als auch dem Zentrum und den Sozialdemokraten Charakterlosigkeit vorgeworfen und weiter gesagt wird, daß sie ihre Anhänger schamlos betrogen und verraten hätten. Die Volksparteiler wurden ferner noch besonders als „trottelhafte Greise“, „Leisetreter“ und „Schlappschwänze“ gekennzeichnet. Tief beleidigt und verärgert forderte die Volkspartei eine Stellungnahme der nationalsozialistischen Landtagsfraktion zu dem Artikel. Eine derartige Stellungnahme ist auch erfolgt. Sie befriedigte die Volkspartei aber nicht.

Am Mittwoch haben die Nazis die Regierungsparteien zu einer neuen interfraktionellen Sitzung eingeladen, an der auch die Minister teilnehmen sollten und in der man zu den Differenzen Stellung nehmen wollte. Die Volkspartei hat den Nationalsozialisten jedoch geantwortet, daß sie keine Veranlassung habe, an der Sitzung teilzunehmen. Sie habe in der letzten Sitzung an die Nationalsozialisten die ganz konkrete Frage gerichtet, ob sie gelaubten, mit charakterlosen Parteigängern, „trottelhaften Greisen“, „Leisetretern“ und „Schlappschwänzen“ in Zukunft noch zusammenarbeiten zu können. Diese konkrete Frage sei von den Nationalsozialisten nicht beantwortet worden.

Das Weimarer Nazi-Blatt schreibt am Mittwoch zu dem Krach: „Die schlechte Nachahmung eines Ausflugs aus dem Parlament imponiert uns nicht. Will die Deutsche Volkspartei den Kampf, dann kann sie ihn haben. Die Volkspartei mag nun tun, was sie nicht lassen kann.“

Nazi-Regierung gegen Maifeiertag

SPD. Braunschweig, 9. März.
Die braunschweigische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, nach dem der 1. Mai seines Charakters als Feiertag entkleidet werden soll. Es ist bereits das zweite Mal, daß in Braunschweig eine bürgerliche Regierung den Maifeiertag der Arbeiterkraft aus der Mitte der gesetzlichen Feiertage zu streichen beabsichtigt ist. In der Begründung ihres Gesetzentwurfs sagt die braunschweigische Regierung, daß kein Landesangehöriger, außer Sozialdemokraten und Kommunisten, die Beibehaltung des 1. Mai als Feiertag verkünde und er deshalb abgeschafft werden könne.

Nazi-Kaufbolde im Rathausaal

SPD. München, 10. März.
Im Münchener Stadtrat kam es am Dienstag zu einem wilden Handgemenge zwischen den Fraktionen der Nazis und der Bayerischen Volkspartei. Esser, der Führer der Patentreuzler, der als besonderer Frontführer und durch unerschämte Anpöbelungen Oskar von Millers (Deutsches Museum) bekannt ist, führte sich durch Ausführungen eines Stadtrats der Bayerischen Volkspartei beleidigt. Er injizierte deshalb mit seinen Gefolgsgegnern sofort einen ungeheuren Tumult. Die Nazis waren mit Zintenkläppern und Schenkelbechern und kürzten sich schließlich mit den Füßen auf ihre Gegner, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Nach ihrer Wiederaufnahme wäre es fast noch einmal zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, als die Nazis versuchten, die Ausperrung der Metallarbeiter demagogisch für ihre Zwecke auszunützen.

Neue Bluttaten politischer Rowdys

In Berlin-Schöneberg wurde am Mittwochabend gegen 9 Uhr ein 17-jähriger Lehrling, der zu einer Gruppe „Roter Wanderer“ gehörte, von einem Patentreuzler durch einen Fausthieb lebensgefährlich verletzt. Die Polizei hob eine ganze Nazi-Verleumdung in der Schlossbrauerei aus, wobei die Verbrechen geschildert waren. Eine Anzahl Nazis wurden in Haft gebracht, weil man unter ihnen den Täter vermutet.

Neue Bluttaten politischer Rowdys

In Weidenburg kam es im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Kommunisten hatten aus Altheim, Bergeborz und anderen umliegenden Städten 200 Mann zusammengezogen. 4 Nationalsozialisten wurden durch Messerhiebe schwer verletzt. Auch bei den Kommunisten sind mehrere Verletzte zu verzeichnen.

Ostpreußen gegen die Osthilfe

Der Amtliche Preussische PresseDienst veröffentlicht einen scharfen Angriff gegen den Vertreter Ostpreußens im Reichsrat, Freiherrn v. Gahl, dem er zum Vorwurf macht, in der geistigen Beratung des Reichsrates über das Osthilfe-Gesetzgebungswort plötzlich mit der Erklärung hervorgetreten zu sein, er werde gegen das seiner Meinung nach unzulängliche Osthilfe-Gesetz stimmen. Unter dem Einfluß der dadurch ausgelösten Stimmung des Unwillens habe der Vertreter Bremens den Antrag auf Vertagung der Abstimmung eingebracht. Nur dem Auftreten des Vertreters der preussischen Staatsregierung, Dr. Weismann, sei es zu danken gewesen, daß trotzdem die Abstimmung erfolgt und daß es gelungen sei, die Torpedierung des Gesetzgebungswortes durch Freiherrn v. Gahl zu verhindern.

Mohrenwäsche im Krämerladen

Das Ehrengericht der Wirtschaftspartei erklärt, daß sich alle in letzter Zeit gegen den Parteivorstandenden Drowitz erhobenen öffentlichen Beschuldigungen als unbegründet herausgestellt hätten. Das soll das Ergebnis einer eingehenden Beweisaufnahme sein. Mit welcher Mehrheit es zum Beschluß erhoben wurde, wird in der Verlautbarung nicht gesagt. Danach ist anzunehmen, daß die Kohabilitation von Drowitz keineswegs einstimmig erfolgt ist.

Polen ratifiziert den Handelsvertrag

Zaleski über Deutschlands Agrarpolitik

SPD Warschau, 11. März.
In der Mittwochsitzung des Sejm hielt Außenminister Zaleski bei der dritten Lesung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und des Liquidationsabkommens eine längere Rede, in der er die Unterzeichnung dieser beiden Abkommen begründete.

Zum Handelsvertrag wies der Außenminister einleitend darauf hin, daß nur durch internationale Zusammenarbeit die Mittel zur Bekämpfung der fürchtbaren Wirtschaftskrise gefunden werden könnten. Polen könne sich daher nicht einer Normalisierung seiner Beziehungen mit Deutschland verschließen, zumal der vorliegende Vertrag seiner Meinung nach das erforderliche Gleichgewicht erfillt. Das Niederlassungsrecht, gegen das sich vor allem die polnischen Nationalisten wenden, sei notwendig und berge keinerlei Gefahr für Polen in sich.

Dagegen erklärten die letzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen Schieles zweifelslos das Gleichgewicht des Warenverkehrs nicht nur gegenüber Polen, sondern gegenüber allen mit Deutschland in Verbindung stehenden Agrarstaaten.

Die polnische Regierung verfolge zwar voller Verständnis die deutschen Bemühungen zur Bekämpfung der Agrarkrise, fürchte aber die künstliche und übermäßige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Das wichtigste Problem im Kampfe gegen die Agrarkrise sei im Augenblick die Entfernung des landwirtschaftlichen Produktionsüberschusses von den Weltmärkten. Der deutsche Agrarprotektionismus werde sich nicht aufrechterhalten können, da die internationale Nachkriegswirtschaft sich so sehr entwickelt habe, daß ein Staat nicht auf die Dauer eine allzu einseitige Wirtschaftspolitik treiben könne, ohne seine eigene nationale Wirtschaft zu schädigen.

Das Liquidationsabkommen führt, wie Zaleski ausführte, ebenfalls zur Berichtigung der deutsch-polnischen Beziehungen, zumal es Polen von der Fühung von etwa 15 000 Projekten gegen deutsche Mindestlohnangehörige befreie, die nur Unruhe und Geiztheit in die deutsch-polnischen Verhältnisse getragen hätten.

In seinen Schlussbemerkungen unterstrich Zaleski, daß es der Befehl des Augenblicks sei, das Vertrauen in den internationalen Beziehungen wieder herzustellen. Man dürfe sich der Tatsache nicht verschließen, daß sich die europäische Gesamtlage im letzten Jahr unter dem Zeichen wachsender Wirtschaftsschwierigkeiten und allgemeiner Unruhe entwickelt habe. Der Augenblick erfordere daher eine sehr energische, koordinierte und entschiedene internationale Aktion.

Sollte aber, so schloß der Außenminister, der Handelsvertrag infolge Nichtratifizierung durch den deutschen Reichstag dennoch nicht in Kraft treten, so werde dessen Unterzeichnung durch Polen nicht aufhören.

Der Sejm für den Vertrag

SPD Warschau, 12. März.
Der polnische Sejm hat in der Nachmittagsitzung den deutsch-polnischen Handelsvertrag in 2. und 3. Lesung mit 180 gegen 75 Stimmen angenommen.

Die Sejmung, in der der deutsch-polnische Handelsvertrag und das Liquidationsabkommen behandelt wurden, zog sich bis 5.30 Uhr hin. Ebenso wie der Liquidationsvertrag ergab die Handelsvertrag nach dem heftigen Einspruch der Vertreter der Rechten und der Bauern eine Mehrheit, worauf der Ratifikation zugestimmt wurde. Für den Handelsvertrag stimmten 180 Abgeordnete des Regierungsblochs, die Sozialisten und die Minderheiten gegen 75 Vertreter der Rechten und der Bauernpartei. Für die Ratifikation des deutsch-polnischen Handelsvertrages sprach Handelsminister Prytor, der die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags erläuterte. Er nannte hierbei das vorliegende Abkommen, dessen Mängel er nicht übersehen wolle, die einzig mögliche praktische Form, dem deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehr ein Ende zu machen.

Deshalb richte er auch an das hohe Haus die Bitte, der Ratifizierung zuzustimmen. Mehrfach traten in der Nachmittagsitzung Abgeordnete der Opposition dafür ein, die Sitzung zu vertagen. Das wurde jedoch vom Sejm marschall mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Nationaldemokraten allein entgegen allen parlamentarischen Sitten neun Redner vorgemerkt hätten, offenbar in der Absicht, die Beratungen zu verschleppen. Tatsächlich bedeutete dieser nationaldemokratische Redelüß nur den letzten Versuch, die Front des zeitweise schwankenden Regierungsblochs zu erschüttern.

Auch das Liquidationsgesetz angenommen

SPD Warschau, 12. März.
Der polnische Sejm hat am Mittwoch noch mehr als sechsstündiger Aussprache, an der sich 14 Redner beteiligten, den Antrag der Regierung auf Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens mit 188 gegen 90 Stimmen bei zwei unglücklichen Stimmen angenommen. Für den Vertrag stimmten der Regierungsbloß, die Sozialisten und die Minderheiten, gegen den Vertrag die Nationaldemokraten, Christlichen Demokraten und die Bauernpartei.

„Vaterlandsverräter“ Wandervelde

Sturm in der belgischen Kammer

SPD Brüssel, 11. März.
In der belgischen Kammer kam es am Mittwoch bei der Fortsetzung der Debatte über den Etat des Ministeriums des Außeren während der Rede des früheren liberalen Kriegsministers Devezze zu äußerst heftigen Szenen.

Devezze griff den sozialistischen Führer Wandervelde an, weil dieser in einer vorhergehenden Sitzung die deutsche Sozialdemokratie in ihrer schwierigen Lage der Sympathie und der Solidarität der belgischen Sozialisten versichert hatte, wie auch ihre Entscheidung bezüglich des Reichswehrretats und des Panzerkreuzers ausfallen möge. Wandervelde finde es also vollkommen in der Ordnung, so erklärte Devezze, daß die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag für den Panzerkreuzer und den Wehretat stimme, während er im belgischen Parlament gegen den Militärretat stimme. Wandervelde wolle so im Grunde die einseitige Unterstützung Belgiens, während Deutschland seine Klüftungen vermehreren dürfe.

Dieser wesentlich unehrliche Angriff des früheren liberalen Kriegsministers entsetzte in den sozialistischen Reihen einen wahren Sturm der Entrüstung. Rufe fielen, wie „Lügner“, „Sie verdrängen wesentlich Wanderveldes Worte, Sie wissen genau, daß die Sozialisten die gleichzeitige Abrüstung in allen Ländern wollen“. Wandervelde rief: „Die deutschen Sozialdemokraten kämpfen gegen die Diktatur. Wollen Sie, daß die deutschen Sozialisten Hitler in den Sattel verhelfen?“ Von den sozialistischen Reihen ertönten ironische Hochrufe auf Hitler. Der Tumult dauerte mehrere Minuten. Als Devezze dann seine Rede fortsetzen will, befehlen die sozialistischen Abgeordneten darauf, daß er zunächst seinen Angriff zurücknimmt. Schließlich vertrat der Präsident die Sitzung.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen versuchte sich Devezze herauszureden. Er habe den Sozialisten nicht den Vorwurf machen wollen, daß sie die einseitige Wehrrüstung des Landes fordern, sondern nur zeigen wollen, daß Wandervelde in manchen Teilen seiner Rede mehr als Vertreter der Sozialistischen Internationalen denn als früherer belgischer Außenminister gesprochen habe. Daraufhin legte sich die Erregung langsam.

Unterirdisches Munitionslager entdeckt

SPD Stettin, 11. März.
In dem dem Amtsprokurator und Kreisdeputierten von Schwerin gehörenden Burg Spantekow Kreis Anklam, wurde in diesen Tagen durch Beamte der Landeskriminalgewaltstelle ein großes Munitionslager ausgehoben. Es handelt sich um rund 10 000 Stück M.-G.-Munition, die in einem unterirdischen Gewölbe derartig versteckt aufbewahrt wurde, daß ihre Bergung nur unter großen Schwierigkeiten gelang. Die Munition, die anscheinend jahrelang dort gelagert hat, war noch gut erhalten, obwohl das Padmaterial vollständig zerfaul war. Die Ermittlungen über Herkunft und Zweck der Verwendung der Munition sind noch im Gange.

Wieder ein Filmverbot

SPD Berlin, 11. März.
Ein neuer Film, „Lied des Lebens“, von Alexio Granowski, ist auf Grund eines Gutachtens eines Oberregierungsrats vom Reichsgesundheitsamt nicht zugelassen worden. In dem Gutachten werden die Bildstreifen von der operativen Geburt eines Kindes mit der Begründung beanstandet, daß schwangere Frauen durch diese Stellen von einer Operation abgehalten werden könnten. Die Filmprüfstelle selbst hatte sich zwar selbst trotz des Gutachtens für die Zulassung des Films ausgesprochen, aber ihr Vorsitzender legte gegen den Beschluß Beschwerde bei der Filmoberprüfstelle ein, was vorläufig einem Verbot gleichkommt. Dieses Verbot hat in der Berliner Presse allgemein scharfe Kritik hervorgerufen.

Holsteinische Nazis rebellieren

SPD. Hitlers Kommissar, der in Kiel Ordnung schaffen sollte, hat den ganzen Vorstand der hiesigen Nazitortgruppe abgesetzt. Die gestürzten Größen, die sich übrigens weigern, für ihre Finanzgebarung Rechenschaft abzulegen, betreten daraufhin eine Mitgliederversammlung ein, die jedoch durch die SA-Kolonnen verhindert wurde. Man ließ einfach keinen Menschen in den Saal. Die Rebellion hat inzwischen auch noch die Schließung der Geschäftsstelle zur Folge gehabt.

Innerhalb der Ortsgruppe und des ganzen Gaues Schleswig-Holstein tobt jetzt ein erbitterter Kampf, in dem der Apparat über Sieg reich bleiben dürfte. Die Parteibonzen lassen alle Minderjährigen, um die ihnen unbedeuten Mitglieder loszuwerden.

Rußland ist ein „freies Land“

behaupet Molotow

SPD Moskau (über Kowno), 11. März.
In seinen weiteren Ausführungen in der Dienstagabend-Sitzung des Rätekongresses betonte Molotow, daß im Jahre 1931 die Sowjetunion um eine halbe Million Rubel weniger ausgeführt habe als 1932. Damals sei niemand eingefallen, Rußland dafür verantwortlich zu machen, daß es mit seiner Ausfuhr den Weltmarkt bedrohe. Die wilden, unwahren Gerüchte über die Zwangsarbeit und über das Dumping hätten bewiesen, daß die Presse den normalen Verstand in der Beurteilung der russischen Dinge verlor habe. Rußland sei ein freies Land, in dem jeder seine freie Meinung ausdrücken könne. Er sei der Meinung, Europa werde sich von der Weltwirtschaftskrise nicht erholen. Man müsse mit einem neuen Anwaschen der revolutionären Bewegung rechnen. Die Weltwirtschaftskrisen können nicht gehoben werden, da die Gegensätze im Bürgertum viel zu groß seien.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Kowalski in Leipzig. Verantwortlich für den Interzonen-Teil: Hugo Schepers in Weimar. Druck und Verlag: Leipziger Volksdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



Überblick

Es gibt Tage, da bin ich zu nichts zu gebrauchen. Nur die eine Frage beschäftigt mich an solchem Tage: Warum leben die Menschen eigentlich, warum machen sie nicht ein Ende, ehe man mit ihnen ein Ende macht? Warum gehst du, Prolet, jeden Tag in die Knochenmühle, wo man dir die Gesundheit raubt und deine Kräfte zerstört, so daß du morgen nur noch ein Wrack bist? Warum lachen die Mädchen hinter den Bänkchen? Morgen stellt man jüngere an ihren Platz, und sie haben Zeit, Zeit zu weinen über ihr Schicksal.

An solchen Tagen flüchte ich mich in das Vergangene. Denn das, was ist, erscheint mir das einzig Lebendige. Die gestorbenen Werte sind die einzig gültigen Werte. Und dann kommt es, daß ich mich an einem Witze befestigen kann, das einer, der zu Lebzeiten unbekannt war, vor Jahrhunderten gemacht hat, oder ich betrachte ein altes Haus, in dem Generationen gewohnt und das die Spur ihres Lebens aufgezeichnet hat in seinem Mauerwerk und dem, was es in sich aufgespeichert hat. Manchmal komme ich auch an ein Buch, das über die Jahrzehnte hinweg mich anpricht, mit der Stimme eines, der längst nicht mehr ist. Und plötzlich weiß ich, daß der, der dieses Buch geschrieben, unter Verhältnissen gelebt hat, die schlimmer waren, als die es sind, unter denen wir heute leben. Und daß er doch mit seinem Alltag rang, um ihm Visionen abzurufen von einer neuen Zeit, einer neuen, glücklicheren Menschheit. Und dann verläßt mich alle Traurigkeit. Dann weiß ich, daß die Zuversicht der Lebendigen den Tod überdauert, und daß die Tränen, die auf uns warten, über das Leid um uns und in uns, nicht wert sind, geweint zu werden.

Dann ist nichts mehr traurig um mich her. Dann weiß ich, daß das Mädchen im Warenhaus recht hat, wenn es lächelt; denn kein Chef wird morgen kommen, um ihm die Kündigung zu überreichen, sondern morgen geht es selbst zum Chef und sagt ihm, daß er übrig ist, daß es künftig ohne ihn gehen muß. Und die Arbeiter, die geübt an ihre Arbeit gehen, sind plötzlich nicht mehr beugt, sondern aufgerichtet schreiten sie durch die Tore der Werke, und ich spüre, daß sie an den Tag denken, da sie hier bestimmen, wie lange der Arbeitstag des einzelnen dauern und wie der Ertrag ihrer Arbeit aufgeteilt werden soll. Es ist nichts, was mich dann nicht an die Zukunft erinnert, und daran, daß sich der Kampf für sie nicht führen läßt mit Menschen, die den Kopf hängen lassen bei jedem Ungemach. Und ich selbst bin voller Lebensmut, und gestrafft gehe ich durch die Straßen der Stadt, blide den Bürgern trotzig ins Auge, und wenn ich einen Mann sehe, der Sorge hat, daß mit seinem Leben der Aufstieg enden wird, der er gelebt, gehe ich hin zu ihm, klopf ihm auf die Schulter und sage: Geh nur, Alter, Sorge dich nicht, wir halten den Kopf hoch und trocken dem Schicksal. Die Dunkelheit am Horizont wird vorübergehen. Und morgen schon lächelt uns die Sonne einer besseren Zeit. Und ich weiß, daß ich einem, der sich sorgte, den Tod leicht gemacht habe, und daß ich selbst nicht aus dem Tod, sondern an das Leben glaube, das unbesiegt ist.

Genosse Hugo Fleckstein tot

Wieder einer von den besten Genossen. Der Tod häßt in den Reihen derer, die die Geburtswehen der selbständigen deutschen Arbeiterbewegung mitgemacht, reiche Ernte. Der Genosse Hugo Fleckstein aus der Ortsgruppe Alt-Leipzig fiel dem Senfmann nach einem arbeitsreichen Leben zum Opfer. Genosse Fleckstein, von Beruf Lithograph, ein Beruf, der durch die Entwicklung in der graphischen Industrie völlig ausgestorben ist, schloß sich gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit seiner Berufsorganisation an und kam auch bald in die politische Bewegung. Während des Sozialistengesetzes hielt er in Leipzig treu zur Fahne, und Wilhelm Dieckmann, der als Ausgewiesener in Borsdorf wohnte, war oft, wenn er heimlich nach Leipzig kam, mit Hugo Fleckstein, dem Schuhmacher Peter Ulrich und dem Rechtsanwalt Puttrich zusammen. Fleckstein war kein Redner, er trat überhaupt nicht in die breitere Öffentlichkeit. Er gehörte zu dem großen Heer der fleißigen Arbeiter, die ohne Anspruch auf Lohn oder Ruhm die ganze Kraft der gewerkschaftlichen und politischen Organisation widmen.

Trotz seiner 75 Jahre schloß Fleckstein in seiner Versammlung der Partei oder des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker. Noch am 1. März nahm er als Gast an der Unterbezirks-Generalversammlung der Partei im Volkshaus teil. Fleckstein, der noch in voller geistiger Frische den politischen Ereignissen mit Leidenschaft folgte, wurde am Freitag voriger Woche von einer tödlichen Krankheit überfallen, die ihn nach einigen Tagen zur Strecke brachte. Die Parteigenossen ehren das Andenken dieses alten, stillen und aufopferungsfähigen Genossen am besten dadurch, daß sie sich recht zahlreich an der morgen Freitag, 15 Uhr, stattfindenden Einäscherung auf dem Südfriedhof beteiligen.

Republikanische Automobilisten tagten in Leipzig

Im Gegensatz zu der schwarzweißen Automobilisten-Vereinigung Deutschlands, die als Allgemeiner Deutscher Automobilklub firmiert und sich der besonderen Protektion Wilhelms des Auswärtigen und anderer abgetakteter Monarchen erfreut, haben sich die republikanischen Automobilisten im Deutschen Auto-Club, der seinen Sitz in Berlin hat, zusammengeschlossen. Die letztere Organisation, die über 34 Ortsgruppen verfügt, hielt unlängst in Leipzig eine Generalversammlung ab, aus der u. a. zu vernehmen ist, daß der Klub trotz der Wirtschaftskrise auch im letzten Jahre zahlenmäßig einen Zuwachs von 860 Mitgliedern gehabt hat. Neben Beratung von Fragen der Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Mitglieder nahm die Versammlung zu der durch das Urteil des Reichsgerichts in der Namenssache des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs gegen den Deutschen Auto-Club geschaffenen Situation Stellung. Ein in dem beschloß man, den Namen in Deutscher Reichs-Auto-Club abzuändern. Die Versammlung gab ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß das befremdliche Urteil des Reichsgerichts sich von politischen Gesichtspunkten nicht freigekauft hat, und daß die Entscheidung, dieses Urteil mit erhöhter Aktivität für die Republik und ihre Symbole zu beantworten.

Eine Reihe organisatorischer Anträge wurde reibungslos angenommen, wie überhaupt die Versammlung ein Bild völliger Geschlossenheit und Einmütigkeit bot. Mit einem Hoch auf die Republik schloß der Präsident Dr. Brandt die Versammlung.

Jung-Bezirkler. Zusammenkunft jeden Freitag, 19.30 Uhr, im Jugendheim, Königsstraße 10. Am Freitag, dem 18. 3. spricht Schriftführer Wilhelm Hillies über Ergebnisse der Friedensbewegung. Außerdem jeden Dienstag, Arbeitsgemeinschaft.

Die Schule im Haushaltplan 1931

Eine Katastrophe für die Volksschule

Für die Volksschule bedeutet der Haushaltplan die Katastrophe.

Die katastrophal und geradezu vernichtend die Streichungen bei der Volksschule (Hilfsschule immer eingeschlossen) sich auswirken, sei nachstehend bei den wichtigsten Ansätzen herausgestellt: Kinderpeilung: 1931: 300 000 Mark, davon 230 000 Mark für Frühkindl., 70 000 Mark für Mittagessen. 1930: 600 000 Mark, 1929: 727 000 Mark.

Erholungsfürsorge in Heimen im Gebirge und an der See, außer Aufwand für Befordrungen, Hausaufwand, Verpflegung und Amortisation, nur für Bekleidung und Transport: 1931: 196 000 Mark, 1930: 297 000 Mark, 1929: 430 000 Mark. Es sollen rund 2300 Kinder ausgesandt werden, in früheren Jahren bis zu 6000 Kinder, obwohl sich jetzt bereits wieder in größerem Umfange Unterernährung, starke Nervosität und leichte Ermüdbarkeit bei den Kindern infolge der Wirtschaftskrise bemerkbar machen.

Schulgesundheitswesen: Schularztwesen von 145 000 Mark auf 105 000 Mark herabgesetzt. Statt 8 hauptamtlichen Schulärzten und 13 Schulschwester nur noch 5 bzw. 11. An Vergütungen für nebenamtliche Schulärzte sollen trotzdem nur noch 25 000 Mark statt 40 000 Mark ausbezahlt werden. Aufwendungen für Schulgesundheitspflege 1931: 1400 Mark, 1930: 3400 Mark und 1929: 4400 Mark. Die Unfallversicherungsrücklage, die mit jährlich 50 000 Mark eingezahlt war, ist von 45 000 Mark im vorigen Jahre auf 12 000 Mark gekürzt worden.

Schulbauarbeiten: Das Programm für den Einbau von Brausebädern in die Schulen ist bereits im vorigen Jahre aufgegeben worden. An tausenden Aufwendungen für das wöchentliche Baden der Schulkinder sind 1931 5300 Mark eingestellt worden, gegen 21 000 Mark im Vorjahre. Es kann nur noch aller 4 Wochen einmal gebadet werden.

Schwimmunterricht. Bis jetzt erhielten alle Kinder der dritten Klassen in drei Jahresabschnitten obligatorischen Schwimmunterricht. Dafür wurden im vergangenen Jahre 24 000 Mark ausgegeben. Dieser obligatorische Schwimmunterricht fällt. Es wird nur noch in den Sommerferien an einen kleinen Kreis ausgewählter Kinder Schwimmunterricht erteilt. Für die Volksschulen stehen dazu noch 6000 Mark zur Verfügung.

Schulreinigung. Statt der immer wieder geforderten täglichen Reinigung wird der jetzige ungenügende Zustand noch verschlechtert. Die Mittel für die Schulreinigung werden für die Volksschule um 55 000 Mark, für die Berufsschule um 6700 Mark, für die höheren Berufsschulen um 7700 Mark und für die höheren Schulen um 6200 Mark gekürzt. Für Fußbodenöl, Firnis usw. hat sich der Anfall von 30 000 Mark auf 18 000 Mark vermindert.

Für Anfall von Selt, Wäschern und Ausbessern der Handtücher und Vorhänge sind statt 21 800 Mark im Vorjahre noch 11 800 Mark eingestellt. Von den 800 Mark, die davon für Abnehmen, Ausbessern, Reinigen und Wiederanbringen der Vorhänge bestimmt sind, können jährlich 320 Vorhänge gewaschen und ausgebessert werden, also je Schule durchschnittlich 5 Fenster.

Schulgebäude. Für die Unterhaltung der Schulgebäude sind laufend eingestellt: 1931: 115 000 Mark, 1930: 170 000 Mark, in

den früheren Jahren rund 280 000 Mark. Einmalig für bauliche Instandsetzungen (Abortbauten nach dem Abortbauprogramm, Schulbäder, Zentralheizungen, größere Instandsetzungen usw.) sind 1931 vorgezogen 41 400 Mark für den Abort der 10. Volksschule. 1930 waren noch 330 000 Mark zur Verfügung gestellt worden, in den vorhergehenden Jahren immer 500 000 bis 700 000 Mark, 1929 u. B. 770 000 Mark. Dabei befinden sich die meisten Schulgebäude in einem geradezu ungläublichen Zustande. Seit Jahren haben die Stadtverordneten auf Abhilfe gedrungen, und auch Oberbürgermeister Dr. Goerdeler soll bei seinen kürzlichen Besuchen entsetzt gewesen sein.

Instandhaltung der Haus- und Schulgeräte. 1931: 22 000 Mark, 1930: 32 000 Mark, in den früheren Jahren rund 50 000 Mark. Einmalig waren in den Haushaltplan für Ausbesserung und Erneuerung der Haus- und Schulgeräte eingestellt worden 1930: 98 000 Mark und vorher immer 80-100 000 Mark. Außerdem stand dafür noch der Pavillonpacht von 40 000 Mark zur Verfügung. Mit dieser Maßgabe ist seinerzeit nur der Verlängerung der Pacht zugestimmt worden. Für 1931 ist die Pachtsumme der allgemeinen Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt worden und außerdem einmalig überhaupt nichts eingestellt worden, so daß gegen rund 150 000 Mark in den vergangenen Jahren, in diesem Jahre nur 22 000 Mark zur Verfügung stehen.

Lernmittel. Bis jetzt bestand die Lernmittelfreiheit mit 108 000 Mark Ausgabe im Jahre 1930. Sie wird beschränkt. Eingestellt sind 90 000 Mark. Lernmittel werden nur noch auf Antrag unter Ausfüllung eines vorgefertigten Antragsbogens (Angabe des Einkommens usw.) gewährt. Es darf schon jetzt gesagt werden, daß die neue Form der Lernmittelfreiheit mindestens soviel kosten wird, wie Lernmittelfreiheit. Aber man hat die Lernmittelfreiheit beschränkt, was seit langem schon beabsichtigt war.

Lehrmittel und Lehrerbücher. 1931: 34 000 Mark, 1930: 62 000 Mark. Es wird 1931 gewährt: Jeder Schule ein fester Satz von 175 Mark und für jede Schule bis mit 40 Klassen 4 Mark, über 40 Klassen 5 Mark. 1930 waren die Zahlen 300 Mark und 10 Mark bzw. 12 Mark für jede Klasse, 1929: 400 Mark und 10 Mark bzw. 12 Mark für jede Klasse. Eine Schule mit 35 Klassen erhält für Lehrmittel noch 315 Mark gegen 650 Mark 1930 und 750 Mark 1929. Dazu ist für einmalige Anschaffung von Lehrmitteln überhaupt nichts mehr eingestellt, gegen 34 500 Mark im Vorjahre und 35 000 bis 38 000 Mark in den vorhergehenden Jahren.

Die Lehrerbücher erhalten noch, einschließlich Buchbinderarbeiten, 100 Mark, gegen 200 Mark + 75 Mark = 275 Mark im Vorjahre. Die Comeniusbibliothek, von deren 70 000 Bänden Ausleihe im vergangenen Jahre allein 25 000 Bände nach Leipzig ausgegeben worden sind und durch die die Stadt Leipzig an Wirtsgeldausgaben für die Lehrerbücher jährlich 15 000 bis 18 000 Mark spart, wird durch die Kürzung an dem Aufwand für Lehrerbücher im kommenden Jahre ganz erheblich mehr belastet werden. Dafür legt man 1931 den Zuschuß an die Comeniusbibliothek von 8000 Mark auf 3000 Mark herab.

(Schluß folgt.)

Die Schneebekämpfung in Leipzig

Die Vorbereitungen zur Schneebekämpfung werden bereits Anfang Oktober begonnen. Von diesem Zeitpunkt ab besteht außerdem händliche Bereitschaft. Es stehen 21 Motorschneepflüge, davon fünf bereit zur Befestigung von Schneewehen im unbedauten Stadtgebiet, 70 Pferdeshneepflüge und vier Anhängeschneepflüge zur Verfügung. Sobald die Höhe des gesammelten Schnees das Schleifen zuläßt, rücken die Schneepflüge aus. Außerdem wird mit der Abfuhr sofort begonnen. Die Schneebekämpfung setzt in den Hauptverkehrsstraßen ein, die meistens nach 24 Stunden schneefrei sind. Zur Schneefahrt werden die Elektrokarren und Lastkraftwagen der Straßenreinigung und die Lastkraftwagen des städtischen Kraftwagenparks verwendet. Außerdem werden Pferdewerke der Leipziger Fuhrwerksbesitzer und der städtischen Gärtnerei in großer Zahl (800 bis 400) herangezogen. Mit dem Arbeitsamt ist schon vor Monaten die Bekämpfung von Hilfsarbeitern vereinbart worden. Für normale Schneefälle werden ohne besondere Anforderung sofort 750 Arbeiter den einzelnen Bezirken der Straßenreinigung zugewiesen. Die Reinigungsfläche der Stadt Leipzig beträgt rund 8 300 000 Quadratmeter, die Länge der Leipziger Straßen etwa 550 Kilometer. Die Länge des städtischen Straßennetzes entspricht der Entfernung Leipzig-Berlin. Es wird in drei Schichten gearbeitet. An Sonn- und Feiertagen sind außerdem fünf Sandstreuwagen besetzt, die bei Glätte sofort mit dem Abstreuen beginnen.

Wenn auch die Schneebekämpfung mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln sofort einsetzt, so leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß sie nicht im Handumdrehen erledigt werden kann. Man wird, wenn man das Maß der Schneehöhe mit der Anzahl der Quadratmeter der Reinigungsfäche multipliziert, leicht die Schneemenge feststellen können, die auf die Leipziger Straßen gefallen und abzuführen ist. Die Kosten für die Schneebekämpfung sind außerordentlich hoch und die zur Verfügung stehenden Mittel dagegen sehr gering.

Schneesturm in Leipzig

Am Mittwochnachmittag setzte, nachdem bis dahin sonniges klares Winterwetter geherrscht hatte, ein heftiger Schneesturm ein, der verhältnismäßig Verkehrsbehinderungen im Gefolge hatte. In Probsteiada wurde das Zeit eines kleinen Wanderzirkus durch den Sturm zum Einsturz gebracht. Personen und Tiere kamen nicht zu Schaden, jedoch ist erheblicher Materialschaden entstanden. Die Zirkusmitglieder machten sich sofort an die Arbeit, das Zeit wieder aufzubauen, um eine Unterbrechung der Vorstellung zu verhindern. Sonstige nennenswerte Unfälle hat der Sturm, der nach etwa halbstündiger Dauer ebenso plötzlich, wie er entstanden war, auch wieder abebbte, nicht verursacht. Zu wesentlichen Störungen im Zugverkehr ist es ebenfalls nicht gekommen.

Auf zur Gedenkfeier an den Gräbern der Märzgefallenen!

Sonntag, den 15. März 1931, auf dem Südfriedhof.

Table with 3 columns: Direction, Time, Location. Includes Süd, Alt-Leipzig, West, Norden, Osten, Südosten, Jugend and their corresponding times and locations like Kreuz, Volkshaus, Felsenkeller, Chausseehaus, Volksmarsdorfer Markt, Spielplatz Stötteritzer Straße, Brandenburger Straße.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Leipzig Sozialdemokratische Partei Groß-Leipzig ADGB, Ortsausschuß Leipzig Arbeiter-Sportkartell Jugendkartell der Arbeiter-Organisationen

Wer hat euch verraten?

Man muß zugeben, daß das Bemühen der Leipziger Abendpost, sich zu einem Nazi-Organ fortzuentwickeln, mit Erfolg gekrönt ist. Sie ist darin bereits so hoch emporgeklommen, daß sie als Ueberchrift verwendet, was die Hitlerjungen von ihren Propaganda-Autos herunterbrüllen. Ein Artikel in Nr. 58 vom 10. März ist übergeschrieben:

Landarbeiter! — Wer hat euch verraten? — Die Sozialdemokraten!

Unter diesem Titel berichtigt das Blatt, das erscheint, wo's dunkel ist, über eine Protestkundgebung des Landarbeiterverbandes gegen die Herabsetzung der Landarbeiterlöhne. Anstatt eines wirklichen Berichts enthält der Artikel aber weiter nichts als eine dummdreiste Hege gegen die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie. Die Kundgebung, deren Wortlaut das Hakenkreuzblatt seinen Lesern mitzuteilen nicht mag, richtet sich an die falsche Adresse. Wo die richtige Adresse ist, wird dann mit folgenden Worten gekennzeichnet:

„Die Landarbeiter müssen sich bei der Sozialdemokratischen Partei darüber beschweren, daß diese Partei beständig den Lebensinteressen der Landwirtschaft entgegen gearbeitet hat, so daß von einem Reinertrag in der Landwirtschaft heute kaum mehr die Rede sein kann. Die Folge dieser Landwirtschaftsfeindschaft der Sozialdemokratie ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit, alle Betriebsausgaben, und in erster Linie das Lohnkonto, zu kürzen.“

In erster Linie das Lohnkonto! — und das will die Sozialdemokratie verhindern? Sollte das nicht der Gipfel des Verrats sein?

Wenn der Bauer Geld hat, hat's die ganze Welt. Dieses Wort stimmt heute nur noch zum Teil. Besser stimmt es schon, wenn man es umdreht. Dem Landwirt geht es gut, wenn er guten Absatz für seine Erzeugnisse hat, und guten Absatz kann er nur haben, wenn die Masse der Arbeiter und Angestellten mehr verdient als heute, nicht weniger. Die Landwirtschaft leidet viel weniger unter den niedrigen Löhnen und Gehältern. Das begreift heute jeder Landarbeiter. Das beweist die Entschickung, die die Abendpost ihren Lesern vorenthält. Auch ein großer Teil der Landwirte dürfte den Zusammenhang zwischen der Höhe der Löhne und der Höhe der Preise landwirtschaftlicher Produkte bereits erkannt haben. Vielleicht überschätzt man die Intelligenz der Abendpost nicht, wenn man annimmt, daß auch sie das schon kapiert hat, und daß sie nur so tut, als begriffe sie es nicht, weil ihr daran liegt, Zwietschach zu säen, die Landarbeiter gegen die Industriearbeiter zu verhetzen.

Schauenstereindreher festgenommen

Zwei Polizeibeamte beobachteten in der Liebigstraße einen jungen Mann, der sich bei ihrem Näherkommen entfernte. Sie verfolgten ihn, worauf er die Flucht ergriff. Es gelang den Beamten, den Flüchtling einzuholen und festzunehmen. In seinem Besitze wurde verächtliches Gut gefunden, das vermutlich aus Schaufasteneindrücken herrührt. Ferner wurde festgestellt, daß von einem Befreiungsgeld in der Liebigstraße ein Schaufasten erbrochen worden war. Es handelt sich um einen 23 Jahre alten Arbeiter aus Lindenthal, der bereits mehrfach wegen Diebstahls verurteilt ist. Bei seiner Vernehmung gab er zu, den vorstehend erwähnten Schaufasteneinbruch in der Liebigstraße, sowie zwei weitere Schaufasteneindrücke ausgeführt zu haben. Das gestohlene Gut ist von ihm an den großen Unbekannten verkauft worden. Es konnte nicht wieder herbeigeschafft werden. Der Festgenommene wurde der Staatsanwaltschaft angeführt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbt neue Leser für die Volkszeitung!

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Gaußh. Morgen Freitag, 19 Uhr, im Rathaus, Sitzung. **Mit-Weipzig.** Freitag, den 13. März 1931, 20 Uhr, Sitzung bei Taubert, Leibnizstraße, Ausgabe der Funktionärskarten.

Schönefeld. Morgen Freitag, 20 Uhr, wichtige Funktionärsitzung in der Wilhelmstraße. Jeder hat zu erscheinen. Die Funktionärskarten werden vorausgeholt.

Frauen.

Thella. Dienstag, 17. März, 20 Uhr, im Restaurant Steinberg, Referat der Genossin Jenny Hammer: „Die Aufgaben der Frau innerhalb der Partei“.

Probstheida. Montag, 16. März, besuchen wir das Mädchenheim, Leusch. Treffen 14.15 Uhr an der Endstelle der Linie 15, Probstheida.

Gohlis. Montag, 16. März, 20 Uhr, im Radau-Anschluß, Aussprachabend mit Genossen A. Herr.

Schule

Herzberg. Freitag, den 13. März, 20 Uhr, im Neuen Gasthof, Rodau, Bezirksleiterbesprechung. Rezitationen, musikalische Darbietungen, Referent Genosse Gläser.

Gemeinschaft Kinderfreunde

Stina. Unsere Hefersitzung wird verlegt auf Dienstag, wegen der Funktionärsitzung des Ortsvereins heute, 20 Uhr, bei Schulte.

Plagwitz-Schleußig. Gruppe Kispotanten treffen sich mittags 15 Uhr an der 17. Volksschule, Elisabeth-Allee. Schützen mitbringen.

Mitgliederveranstaltungen

Jwenkau. Freitag, den 13. März, 20 Uhr, in der Sommerluft: Mitgliederversammlung.

Vindenthal. Heute großer Filmabend am „Katseller“. Vorgeführt wird das Filmdrama „Moral“. Wir bitten alle Mitglieder um ihr Erscheinen.

Engelsdorf. Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, im Guten Tropfen, Mitgliederversammlung. Der Genosse Bruno Höfelfarsh spricht über das Thema „Wissens und der Faschismus in Polen“.

Modau. Freitag, den 13. März, 20 Uhr, im Neuen Gasthof, Ebernabend. Klavierkonzerte, Rezitationen, und Referat über „Jugend in Rot“. Alle Eltern, Erzieher, Freunde der Schule, sind herzlich eingeladen.

Panitzsch. Sonnabend, den 14. März 1931, findet im Gasthof Wippler, Mitgliederversammlung statt. Thema: „Wesen und Wirken der KPD“. Referent: Gen. Büch-Leipzig. Wir laden alle Nachbarn-Ortsvereine zu dieser Veranstaltung herzlich ein. Mitgliedsbuch als Kuweis. Anfang Punkt 8 Uhr.

Ausstellung von Arbeitsbüchern

Die Ausstellung von Arbeitsbüchern für die in den nächsten Tagen die Schule verlassen Kinder erfolgt beim Gewerbeamt, Neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 190. Die Kinder müssen selbst an Amtsstelle erscheinen und dabei 1. das Zeugnisbuch, 2. das Familienbuch oder die Geburtsurkunde sowie 3. die schriftliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (das ist der Vater, wenn dieser nicht mehr am Leben ist, die Mutter oder der Vormund) vorlegen. Es ist nicht angängig, daß die Arbeitsbücher von Eltern oder sonstigen Angehörigen abgeholt werden, ohne daß das Kind dabei ist.

Wegen des großen Andranges wird dringend empfohlen, die Arbeitsbücher sofort nach erfolgter Schulentlassung ausstellen zu lassen.

Die in den Vororten Leusch, Wahren und Paunsdorf wohnenden Kinder lassen sich die Arbeitsbücher in den betreffenden Rathäusern ausstellen.

Wasserball

Gaußh 1. Jugend—Dit 1. Jugend 4:2. Dits Anwurf wird von Gaußh abgefangen. Es entspinnt sich ein flottes, auf und ab wogendes Spiel. Gaußh drückt, obwohl ins Fläche spielend, stark und erzielt bis zur Halbzeit drei Tore. Dit ist verblüfft, stellt um und erreicht nur ein Tor. Nach Seitenwechsel beginnt Gaußh alles auf den schützenden Rechtsaußen zu spielen, der gut gedeckt wird. Beide Mannschaften gelangen noch zu einem Erfolg. Die von Gaußh ins Spiel gebrachte Härte wurde von Dit in der zweiten Spielhälfte erwidert. Der Schiedsrichter leitete gerecht. **Wahren 1. Jugend—Dit 2. Jugend 1:5.** Dit spielt an und gelangt nach guter Kombination zum ersten Erfolg. Wahren findet sich nicht zusammen und Dit erzielt bis zur Halbzeit in gleichmäßigen Abständen drei Tore. Wahren kann nur eins entgegennehmen. Nach dem Wechsel sucht Wahren durch Fernschüsse das Spiel für sich günstiger zu gestalten. Dit baut auf und kommt dadurch zu weiteren zwei Toren. Beide Mannschaften spielten etwas langsam und zögerten beim Torfuß. **Gaußh 1—Knauffleberg 1:2 (4:2).** Dieses Spiel sah die Gaußh in Höchstform. Im Schwimmen waren sie den Knaufflebergern weit überlegen. Knauffleberg gefiel durch gutes Zusammenpiel der Verteidigung, während sein Torwart ein glatter Verfolger war. Der Sturm war in seinen Schüssen so schwach und unklar, so daß der Ball des öfteren über dem Tor das Weiße suchte. Der Schiedsrichter piff das Spiel gut. **Gaußh 3—Süd 3:1 (2:1).** Schwimmerisch und technisch war Süd überlegen. Da die Gaußh sich im Anfangsstadium des Wasserballspiels befinden, kann das Ergebnis als gut bezeichnet werden. Gaußh geht mit dem 1. Tor in Führung, muß aber trotzdem mit einer 2:1-Niederlage zur Halbzeit gehen. Süd kann noch dreimal einfinden. Ein Spieler von Süd wird wegen eines groben Fehlers vom Spiel ausgeschlossen. Schiedsrichter war gut.



Wandern und Reisen

Ins Erzgebirge

Winterportfondenzug nach Johanngeorgenstadt

Vom Reichsbahn-Bereichsamt Leipzig I ist für Sonntag, den 15. März, nochmals der Verkehr des Winterportfondenzuges nach Johanngeorgenstadt, ab Leipzig Hbf. 6.05 Uhr, in Aussicht genommen. Infolge starken Schneeefalls — Neuschnee — in Johanngeorgenstadt und Umgebung zur Zeit sehr günstige Gelegenheit zur Ausübung des Winterports. Baldigste Fahrkartenerlösung ist anzuraten. Zum Besuche von Eibenstock sind zur Hinfahrt ab Aue und zur Rückfahrt ab Eibenstock ab Pf. fahrplanmäßige Züge zu benutzen. **Sonderzugsfahrten** (Fahrpreis 7,80 RM) sind erhältlich in Leipzig Hbf. am Schalter 2/3, Westseite, in der Stadt im Verkehrsamt des Reichsamtes, Markt 4, beim Norddeutschen Lloyd, Europahaus, und im Büro der Hamburg-Amerika-Linie, Augustusplatz 2. Sonderzugsfahrten werden auch auf den Bahnhöfen Stötteritz, Connewitz, Döhlitz, Altenburg, Gößnitz und Meerane verkauft. Der Sonderzug verkehrt nur bei günstigem Winterportwetter und ausreichender Benützung.

Auskunft erteilt Reichsbahn-Bereichsamt Leipzig I, Brandenburger Straße 3, Fernruf 70921/72761, Nebenanschluß 625 und die Auskunftsstelle Leipzig Hbf.

Sozialdemokratie für Arbeitsbeschaffung

Die RGO braucht Geld

Die rote Gewerkschaftsopposition der RPD wurde von der höheren Einsicht im Moskauer Kreml wiederholt zum Leben verdammt und kann deshalb nicht sterben. Erst hieß es: „Raus aus den Gewerkschaften.“ Das war 1920, und im übrigen ein Schnitt ins eigene Fleisch. Deshalb hieß es bald darauf: „Wieder rein in die Gewerkschaften! Erobert sie von innen heraus!“ Das gab wieder eine Pleite. So legte man das Steuer wieder rum: „Raus aus den Gewerkschaften! Gründet Gruppen der roten Gewerkschaftsopposition!“ Das ist die neueste Parole. Der Erfolg ist derselbe: ni h. Gestern aber im Stadtverordnetenkollegium leistete sich die RPD etwas „originelles“. Sie verlangte, daß die der Leipziger Jugendhilfe vom Staate überwiesenen Gelder zum Teil der kommunistischen Jugendorganisation übergeben, zum anderen



Die RGO brüllt wie ein Löwe und bockt wie ein klappriger Esel

Teil unter „kommunistische Kontrolle“ gestellt werden sollen. Nicht weil die RPD-Leuten glauben, so etwas erreichen zu können. Nicht einmal, weil sie glauben, damit der proletarischen Jugend dienen zu können, sondern lediglich, um die SPD zu „entlarven“, von der sie naturweise verlangt, daß sie solchen Wahnwitz zustimmt. Stolz wie immer, ritt der kommunistische Redner seinen bösen Esel mit dem imitierten Löwenmaul in die Arena, aber der fromme Wunsch, ihm mit Hilfe dieses Krappenmauls das lang gesuchte Mastfutter zu verschaffen, ging nicht in Erfüllung. Nicht einmal die allerprimärsten Anbeter der RPD werden diese kommunistische „Aktion“ zur „Entsorgung der SPD“ für einen Centesim halten.

Auch die Vereintigte Bürgerkraftwerk übte sich arbeitslos in den Wässern. Eines ihrer vermeintlich größeren Kalibers kroch hinter jenem bekannten Ofen herum und gab sich alle erdenkliche aber ebenso vergebliche Mühe, dort den sozialdemokratischen Bürgermeister Genossen Schulze zu finden. Er hatte die maßlose Anfrage an den Rat gestellt, wie die vom Ministerium für die Leipziger Jugendhilfe ausgeworfenen 10 000 Mark verwendet werden seien. Darauf wurde ihm die lakonische Antwort: „Noch gar nicht, das Geld ist überhaupt noch gar nicht da.“ So ne Beile. Aber ein „gewandter Junge“ weiß sich zu helfen. Unwenigstens noch für eine Weile in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, im Dejernet des Sozialdemokraten Schulze sei irgend etwas nicht in Ordnung, verlangt er Rechnungslegung über die Verwendung der 10 000 Mark. Diese Rechnungslegung kann er natürlich haben. Interessant ist nur, daß derselbe Herr noch niemals daran gedacht hat, über die Hunderttausende, die Leipzig an das Reichamt zahlt, Rechnungslegung zu verlangen, obwohl unumstößlich feststeht, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der öffentlichen Zuwendungen an das Reichamt für einen Staff von Direktoren groß und klein verschüttet werden. Vielleicht hilft die WBF diesem Uebelstand bei der diesmaligen Haushaltsplanberatung ab.

Die Hauptausgabe entspann sich um zwei Dringlichkeitsanträge, die sich dem Problem der Arbeitsbeschaffung zuwendeten. Der eine dieser Anträge stammte von der WBF und verlangte vom Rat, Reichs- und Landesregierung auf die untragbaren Lasten der Gemeinden durch die Arbeitslosenfürsorge hinzuweisen und Hilfe zu fordern. Der andere, von der SPD gestellte Antrag, forderte Auskunft vom Rat über verschiedene Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. Der erstgenannte Antrag wurde angenommen, der zweite mit Hilfe der RPD an die Ausschüsse verwiesen. Womit die Kommunisten wieder einmal zu erkennen gaben, wie wenig ihnen daran liegt, alle Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung schleunigst zu nutzen. Jetzt werden die Ausschüsse über dem Antrag brüten, dann wird er an den Rat gehen, schließlich kommt er wieder an das Stadtverordnetenkollegium. Darüber vergebene Monate. Wenn die bürgerlichen Vertreter die Bedeutung schneller Erledigung völlig verkennen, so ist das noch zu verstehen, wenn aber die Kommunisten zu solcher Verschleppung die Hand bieten, so zeugt das doch wieder erneut davon, wie jämmerlich kurzfristig diese „Organisatoren der revolutionären Situation“ sind.

Der Verhandlungsbericht

Ausbringende Anwendung öffentlicher Gelder

In einem sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag wird der Rat ersucht, den Stadtverordneten beschleunigt eine Vorlage darüber zugehen zu lassen.

1. ob es möglich ist, die ausgegebenen Fürsorgeunterstützungen an die Wohlfahrtsvereine wirtschaftlich nutzbringender als bisher zu verwenden;
 2. ob es möglich ist, zur Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms die durch Beschäftigung von Wohlfahrtsvereinen im Wohnungsbau ersparten Unterhaltungen darlehensweise für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen und damit der Stadt Teile der ohne Gegenleistung ausgegebenen Unterhaltungsmittel zu erhalten;
 3. ob es möglich ist, dadurch zusätzliche Arbeit zu beschaffen und den Baumarzt und damit die Gesamtwirtschaft zu beleben.
- Genosse Stone führt zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrags aus, daß es volkswirtschaftlich nicht mehr verantwortet werden könne, daß die Millionenbeträge der Unterhaltungen ausgegeben werden, ohne daß der Stadt eine Gegenleistung zuströmt. Es müsse versucht werden, die bisher nur zu Konsumtätigkeiten

ausgegebenen Mittel wirtschaftlich nutzbringender auszugeben und der Stadt zu erhalten. Deshalb sollten die bisher als Unterhaltung ausgegebenen und im Haushaltsplan eingestellten Mittel dem Bau gewerbe als Schlüsselgewerbe in Darlehensform gegeben werden. Auf diese Weise ließe sich ein Zusatzwohnungsbauprogramm aufstellen, denn die im Haushaltsplan freizumachenden Mittel könnten zum Wohnungsbau verwendet werden. Dabei ist selbstverständliche Voraussetzung, daß die von den Bauherren eingestellten Wohlfahrtsvereine Tarifrisiko erhalten. Die besonderen Vorteile dieser Regelung sind im besonderen: Verbilligung der Mieten auch in den zusätzlich gebauten Wohnungen, Kapitalisierung der Unterhaltungsmittel und langsame Rückfluß der Gelder nach den zu vereinbarenden Tilgungsquoten. Dem Rat wurde empfohlen, kleinliche finanzielle Bedenken zurückzustellen und die Vorschläge unter dem Gesichtspunkte zu prüfen, den Wohlfahrtsvereinen zu helfen und zugleich dazu beizutragen, die dringend erwünschte Sommerbelebung des Arbeitsmarktes zu erreichen.

Dr. Buchbinder beantragte Ueberweisung des Antrags an die Ausschüsse. Die Mehrheit des Kollegiums, einschließlich der Kommunisten, stimmt dem Antrag Buchbinder zu.

Silberuf an Reich und Land

Stadts. Schiffmann hatte im Auftrage der Bürgerbundsaktion nachstehenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat zu ersuchen, bei Reichs- und Landesregierung mit allem Nachdruck auf folgendes hinzuwirken:

Die Zahl der Arbeitsuchenden innerhalb des Arbeitsamtsbereichs der Stadt Leipzig betrug am 15. Februar 1931 84 082, am 31. Januar 1931 91 872. Zunahme 2700. Die Zahl der Wohlfahrtsvereine der Stadt Leipzig betrug Ende Februar über 20 000. Das sagt, daß die jetzige Regelung der Wohlfahrtskosten unzureichend den Tag erziehen läßt, wo auch die Gemeinde Leipzig völlig außerstande sein wird, ihren finanziellen Verpflichtungen den Wohlfahrtsvereinen gegenüber nachzukommen. Die Entwicklung lehrt, daß mit der Entlastung der Gemeinden unmöglich bis zu dem im Jahre 1932 geplanten Regelung des Finanzausgleichs gewartet werden kann. Es ist Pflicht der Reichs- und Landesregierungen, der Reichs- und Landesparlamente erneut als dringende Frage zur Abwendung einer unübersehbaren Entwicklung das Problem der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der unhaltbaren und auch untragbaren Abwälzung der Leistungen auf die Gemeinden zu behandeln.

Genosse Fleißner: Der Antrag Schiffmann schneidet eine Frage an, die für die Gemeinden von größter Wichtigkeit ist. Das Anschwellen der Zahl der Wohlfahrtsvereine macht es den Gemeinden unmöglich, ihren Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen, die aus der Krise ausgegliedert sind, wie bisher nachzukommen. Das hat auch die Reichsregierung erkannt, doch hat die von ihr getroffene Milderung nicht den von den Gemeinden erwarteten Erfolg gehabt. Die sozialdemokratische Reichstagsaktion hat durch Einbringung eines Initiativgesetzentwurfes einen Weg gezeigt, der, wenn er Gelingen erhält, den Gemeinden eine Entlastung bringt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

Den Rat zu ersuchen, auf die Leipziger Reichstagsabgeordneten einzuwirken, sich in ihren Fraktionen für eine andere Verteilung der Arbeitslosen, Arbeitslosen- und Wohlfahrtsvereinsten zugunsten der genannten einzuwirken, so daß Reich und Länder angemessener zur Tragung der Lasten herangezogen werden und in derselben Richtung auch auf Reichs- und Landesregierung einzuwirken.

Überbürgermeister Dr. Goedecker begrüßt außerordentlich die beiden Anträge.

Einmütig geben die Stadtverordneten dem sozialdemokratischen und ebenso dem Antrag Schiffmann ihre Zustimmung.

Gemeindegetränkesteuerordnung

Die Stadtverordneten haben den Rat ersucht, den Entwurf einer Steuerordnung über Erhebung einer Gemeindegetränkesteuer vorzulegen. Der Rat ist diesem Ersuchen der Stadtverordneten nachgekommen. Zu der Ratsvorlage liegen eine Reihe Eingaben verschiedener Interessentengruppen vor. Die Ausschüsse beantragen, die Ratsvorlage abzulehnen, und damit Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Dr. Schön (WB) wendet sich gegen die Getränkesteuer, die in ihren Erträgen sehr minimal sein und dabei beträchtliche Erhebungskosten verursachen wird.

Genosse Frenzel: Die sozialdemokratische Fraktion hat sich wiederholt gegen die Gemeindegetränkesteuer ausgesprochen. In dieser Stellungnahme hat sich nichts geändert. Wir wenden uns besonders gegen die Besteuerung der alkoholfreien Getränke, die vorwiegend von Minderbemittelten in Schankstätten eingenommen werden. Wir wären durchaus nicht abgeneigt, einer Steuer zuzustimmen, die auf alkoholfreie Getränke wie Wein, Sekt, weinhaltige Getränke und Likör erhoben wird.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

Das Stadtverordnetenkollegium von Leipzig ersucht die Reichsregierung, auf den Reichsfinanzminister einzuwirken, daß er von der in der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, vom 1. Dezember 1930 (1. Teil, Kap. 1, § 3), enthaltenen Ermächtigung Gebrauch macht die Gemeindegetränkesteuer für alkoholfreie Getränke noch vor dem 1. April 1931 aufzuheben. Die Besteuerung dieser Getränke trifft sehr stark die schon überlasteten minderbemittelten Volksschichten und bereitet steuerrechtlich die größten Schwierigkeiten.

Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, diesen Beschluß der Reichsregierung zu übermitteln.

Schnauß (Nazi) wendet sich gegen die Getränkesteuerverordnung, beantragt aber die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer.

Ebert (WB) beantragt Vorbereitungen zu treffen, damit der durch Verordnung des Reichspräsidenten vorgegebene Höchstfuß für Besteuerung der Filialbetriebe zur Erhebung komme.

In der Abstimmung wird den Tagesordnungsanträgen zugestimmt. Annahme findet der sozialdemokratische Antrag. Der Antrag der Nationalsozialisten wird abgelehnt, der Antrag Ebert angenommen.

Neubau eines Kinderkrankenhauses

Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am 3. Dezember 1930 den Rat aufgefordert, eine Vorlage über Erstellung eines Kinderkrankenhauses anzufertigen. Der Rat bittet die Stadtverordneten aus finanziellen Gründen vorläufig von dem Neubau Abstand zu nehmen.

Der Bau-, Wohlfahrts- und Finanzausschuß beantragt: der Ratsantrag wird abgelehnt.

Genosse Fleißner weist darauf hin, daß die Zustände im Kinderkrankenhaus in verschiedener Hinsicht äußerst bedenklich sind und schon damit der Ruf nach Errichtung eines anderen Krankenhauses seine volle Berechtigung hat. Wenn es trotz der Schwierigkeiten, die sich der Geldmittelbeschaffung in den Weg stellen, geschehen würde, in Kürze zu einem Neubau zu kommen, so würde dessen Durchführung auch zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt deshalb:

Der Rat möge dauernd und ernsthaft bemüht bleiben, die notwendigen Mittel im Anleihewege zu beschaffen und sobald als möglich den Neubau des Kinderkrankenhauses durchzuführen. Dem sozialdemokratischen Antrag wird einstimmig zugestimmt, im übrigen der Tagesordnung gemäß beschließen.



So heißt es heute mit Recht. Auch der Raucher sollte sich eigentlich jetzt fragen, ob die Zigarette, die seinem Geschmackempfinden entspricht, vielleicht nicht billiger zu haben ist. Und wenn der Unterschied auch nur **1 Pfg.** beträgt. Die Zeit macht daraus einen ganz erheblichen Betrag. Wir behaupten, daß unsere Marken besser und bekömmlicher sind, als andere in höheren Preislagen. Das zu erreichen war uns nur möglich mit Hilfe einer Organisation, die den verteuern den Zwischenhandel beim Rohtabak vollständig ausschließt.

MAKEDON-Zigaretten werden aus Tabakmischungen hergestellt, die MAKEDON-Fachleute schon auf den Tabakfeldern des Orients mit größter Sorgfalt zusammengestellt haben, wobei alle Sorten streng ausgeschieden wurden, die den Geschmack und das Aroma einer guten Zigarette beeinträchtigen. Ein Versuch wird Ihnen die Wahrheit unserer Behauptungen bestätigen.

MAKEDON SOZIAL



PERFEKT EINHEITSPACKUNG
MIT U. OHNE MUNDSTÜCK **50 PF.**

SELECT EINHEITSPACKUNG
MIT U. OHNE MUNDSTÜCK **60 PF.**

EINHEITSPACKUNG **40s**
MIT U. OHNE MUNDSTÜCK

KONZERNFREI

Generalvertretung: Carl Gatzsch, Leipzig, Elsterstraße 11, II., Telephon 117 82

UMGEBUNG

Schulabschluss in Bad Nauich

Die Schulleitung hat beim Volksbildungsministerium für das Schuljahr 1930/31 78 Stunden Mehrbedarf angemeldet. Das Ministerium hat nur 9 Stunden bewilligt. Es muß sonach die Mehrschülerzahl auf die Klassen 2b, 1b, 3b und 3c verteilt werden. Es bestehen sonach 3 Klassen mit je zwei Jahrgängen.

Der Elternrat hat dazu Stellung genommen und erblickt darin eine schwere Schädigung des Unterrichts, mit Rücksicht darauf, daß viele junge Hilfskräfte ohne Anstellung sind. Er empfiehlt dem Schulausschuß, sich seinem Protest anzuschließen. Der Schulausschuß beschließt einstimmig, eine diesbezügliche Beschwerde an das Bezirksamt zu richten und das Ministerium zu ersuchen, die notwendige Stundenzahl zu bewilligen.

Die Elternratswahl soll am 10. Mai von 9 bis 13 Uhr in der Schule, Zimmer 4, stattfinden. Wahlleiter ist der Schulleiter. Zu Wahlberechtigten werden gewählt die Gen. Jahn, Gaudlitz und Teichmann, bürgerlich Berthold, Böhm, Hellriegel.

Frau Fritzsche hatte sich wegen des Ablebens ihres Sohnes Helmut Fritzsche über die Lehrerin Großpösch beim Volksbildungsministerium beschwert. Aus dem amtlichen Material der Bezirkschulinspektion geht einwandfrei hervor, daß der Lehrerin Großpösch an dem Ableben des Schülers kein Verschulden beizumessen ist. Die Entlassungsgeschehnisse findet am 21. März, 10 Uhr, in der Aula statt. Die Aufnahme der Schüler wird auf den 8. April, 14 Uhr, festgesetzt, mit der beschlossenen Einheitssätze für alle Schüler.

Verordnenentziehung in Böhlen

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß keine Sitzung der Gemeindevertretung mehr vergeht, ohne sich mit der schlechten Lage der Gemeindefinanzlage beschäftigen zu müssen. Der Gemeinderat hat die Höhe der Bezirksumlage angeklagt und eine Verringerung um mehr als 1000 Mark erreicht. Der Bürgermeister nahm dies zum Anlaß interessanter Ausführungen über die katastrophale Steigerung der Bezirksumlagen. Graphische Darstellungen zeigten das richtige Anschwellen der Ausgaben für Hofhaltungszwecke und die Art der Kostendeckung. Einen kleinen Hoffnungsstrahl bedeutet die Bewilligung einer Beihilfe von 15 000 Mark durch den Postenausgleichsstad. Sie ist ein unzulänglicher Ausgleich für die große Benachteiligung der Gemeinde bei Verteilung der Einkommensteuer, die immer noch unter Zurücklegung einer Einwohnerzahl von 1575 erfolgt, obwohl Böhlen gegenwärtig mehr als 3000 Einwohner zählt.

Gerabefragung der Löhne der Gemeindefunktionäre ist dennoch falsche Sporkaufzeit.

Deshalb beantragte Gen. Gröbel den Austritt der Gemeinde aus dem Arbeitsverband sächsischer Gemeinden, der eine Prozentige Lohnkürzung durchgekehrt hat. Die SPD-Vertreter wollten mit dem Antrage die Lohnkürzung verhindern und die Möglichkeit angemessener Entlohnung erreichen. Dafür hatten die Bürgerlichen kein Verständnis und deshalb lehnten sie den Antrag ab.

Monatelang schwebte eine Streitangelegenheit mit der Milchverwertungsgenossenschaft Böhlen. Jetzt hat sie durch Zahlung einer Abfindungssumme von 400 Mark an die Gemeinde einen heizbedingenden Abschluß gefunden. — Durch einen Bericht des Küchereiverwalters wurde die gute Entwicklung der Gemeindeküche, ihre starke Inanspruchnahme durch die Arbeiterschaft und die Notwendigkeit weiteren Ausbaues dargelegt.

Zwentau.

Der Vertrauensarzt im Auto. Unfälle überfuhr das Automobil des Dr. Treuendorf, Vertrauensarzt der Ortskrankenkasse Leipzig-Land, in der Nähe von Zwentau einen Radfahrer. Die Schuld an dem Zusammenstoß mußte aber dem jungen Radler selbst gegeben werden. Ein seltenes Verhalten zeigte dabei allerdings der Herr Vertrauensarzt. Statt daß er als Arzt dem verunglückten Radfahrer die erste Hilfe geleistet hätte, blieb er unbeweglich in seinem Wagen sitzen und ließ sich obendrein noch darin hochwinden, als man das verbogene Fahrrad hervorholte. Was muß sich wohl dieser Herr dabei gedacht haben?

Tageskurse für Erwerbslose. Die Stadt führt in Verbindung mit der Volkshochschule Leipzig-Land jeden Montag und Donnerstag Tageskurse für Erwerbslose durch. Der erste Kursus mit dem Thema „Unsere Zeit“ beginnt Donnerstag, den 12. März, Kurszeiten: 10.30—12.30 Uhr. Unterrichtsraum: Großer Saal des Volkshauses (Sommerluft) Zwentau. Die Teilnahme am Kursus ist für alle Erwerbslosen uneigentlich und freiwillig. Sie

befreit von der Stempelspflicht. Erwerbslosenkarte ist mitzubringen. Eingeladen sind insbesondere die jugendlichen Erwerbslosen bis zu 25 Jahren.

Nadefeld.

Sonnabend, den 14. März, 20 Uhr, im Restaurant Habenstein, Freitoda, Mitgliederversammlung. Gen. Naute-Eisenburg spricht über Arbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise. Pflicht jedes Genossen ist, zu erscheinen.

Mordprozeß Kürten am 13. April

Düsseldorf, 11. März.

In der Strafsache gegen den Massenmörder Peter Kürten ist der Termin zur Hauptverhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht nunmehr auf den 13. April, vorm. 9.30 Uhr, anberaumt worden.

Verzweiflungstat einer Mutter

Weg. Mühlberg (Elbe), 11. März.

Eine aufregende Szene spielte sich am Dienstmittag im Elbhafen in Mühlberg ab. Dort war eine junge Ehefrau mit ihrem dreijährigen Kind in das Wasser gesprungen, um sich das Leben zu nehmen. Die Tat war von Anwohnern des Hafens bemerkt worden, die sofort Hilfe herbeiriefen. Unter vielen Bemühungen gelang es zwei Fischermeistern und einem Köchensbändler, die Mutter und das Kind dem nassen Element zu entreißen; die Wiederbelebungsversuche hatten jedoch nur bei der Mutter Erfolg. Das Kind war bereits tot. Der Grund zu der unglücklichen Tat soll in ehelichen Zerwürfnissen zu suchen sein.

Schweres Autounglück

Drei Schwer- und vier Leichtverletzte.

Weg. Levetzen, 11. März.

Bei einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Lieferwagen wurden heute Abend drei Personen schwer und vier leicht verletzt. Einem Motorradfahrer, der auf der falschen Seite der Straße fuhr, wollte ein entgegenkommender Lieferwagen ausweichen und ließ dabei mit einem anderen Wagen zusammenstoßen. Der Unfall war so heftig, daß die Insassen des Lieferwagens durch die Schuttscheibe flogen. Der Motorradfahrer und zwei Insassen des Lieferwagens wurden schwer, vier weitere Insassen des Lieferwagens leicht verletzt.

Haus für 650 Familien!

Die sozialdemokratische Magistratsfraktion in Amsterdam befragte das Projekt der Erbauung eines genossenschaftlichen Großhauses für 650 Familien. Es soll einen Bauhof von 200 mal 108 Metern umfassen, und zwei verschiedene Wohnungstypen enthalten von einem bzw. zwei Wohnzimmern, aber mit je drei Schlafzimmern, einer Küche und einem Badezimmer. Alle Wohnungen sollen Zentralheizung und Warmwassererwärmung erhalten. Ferner ist eine Telefonzentrale, eine Rundfunkverteilungsanlage, eine elektrische Staubsaugerzentrale und eine allgemeine Müllschludereinrichtung geplant. Die Läden in dem Block, der lebendig geführt werden soll, werden lediglich Genossenschaftsläden sein. Alle Bestellungen aus den einzelnen Wohnungen sollen halbmonatlich durch eine Laufbahnanlage in die Wohnungen Erledigung finden. Durch den genossenschaftlichen Einkauf wird ein Teil des Mietpreises, der durchschnittlich 10,85 Gulden die Woche betragen soll, wieder eingespart. Der ganze Block kostet vier Millionen Gulden. Als Bauzeit sind zwei Jahre berechnet.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Pökelschinken mit Meerrettich und Brühkartoffeln 1.20. Urganischer Rindergulasch mit Makkaroni 1.20. Masthuhn mit Bräunseln und Schoten 1.85. Hausgericht: Tagosuppe und Pökelschinken mit Bayrischer Kraut 30. — Morgen: Rindergulasch mit Kartoffelbrat 1.20. Paprika-Huhn mit Butterbraten 1.85. Pökelschinken mit Sauerkraut und Kartoffeln 1.20. Ab 18 Uhr: Schweinsknochen mit Meerrettich und Klößen 1.10. Hausgericht: Legierte Blumenkohluppe und Gefüllte Kalbsbrust mit Wirsing Kohl 80.3

Aus der Geschäftswelt

Des Herren, Knaben- und Berufsbildungsgesellschaft J. Josef Naht, Leipzig-Hagen, Karl-Göhring-Straße 47, kann auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. (Siehe Inserat.)

Rundfunk-Programm Leipzig-Dresden

Freitag, 13. März.

10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk.
10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt.
10.30 Uhr: Schulfunk, Geschichte und Kulturfunde. „Gladiatorenkämpfe und Tierhehen im Kolosseum zu Rom“. Ein Hörspiel von Alfred Müch. Spielleitung: Kurt Arnold Findeisen.
11.00 Uhr: Werbenachrichten.
11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsangelegenheiten, Schneebericht.
12.00 Uhr: Ensemble-Szenen aus Opern. (Schallplatten).
13.00 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht.
Anschließend: Tanz nach Tisch.
14.00 Uhr: Wissenschaftliche Umschau.
14.30 Uhr: Studio der Mitteldeutschen Sender.
15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. Neues für den Blumenfreund auf der Leipziger Messe. Martha Schmidt, Leipzig.
16.00 Uhr: Bericht und Reise. Münchhausen in der Südsee. Kapitän Karl Eiting, Oberschreiberbau.
16.30 Uhr: Unterhaltungskonzert der Kapelle Bliesch-Warto. Dirigent: Ernst Bliesch.
17.30—17.35 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
18.05 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk (Invaliden, Kranken-, Angehörten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung).
18.25 Uhr: Sprachfunk. Englisch. Lektor Alfred Edwards, B. A., Leipzig.
18.50 Uhr: Wir geben Auskunft...
19.00 Uhr: Zeitungsverband. Hörbericht aus der Leipziger Volkszeitung. Am Mikrophon: Wilhelm Schmidt und Otto Gansauge, Leipzig.
19.30 Uhr: Schallplattenkonzert.
20.30 Uhr: Friedrich-Schinkel-Stunde (anlässlich seines 150. Geburtstag). Einleitung und Auswahl der Texte: Dr. E. Kurt Fischer. Sprecher: Hans Vogel.
21.10 Uhr: Collegium musicum Wiener Tänze des 17. Jahrhunderts. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. Alfred Sandrei. Am Cembalo: Friedbert Sammler.
22.00 Uhr: Nachrichtendienst und Schneebericht. Übertragung anschließend bis 23.00 Uhr: Unterhaltungsmusik. Übertragung aus dem Weinrestaurant der Hauptbahnhofsgaststätte in Leipzig. Die Künstlerkapelle Hans Fuchs.

Veranstaltungskalender

Donnerstag, 12. März.
Metallarbeiter (Gesamtfunktionäre). Volkshaus, 19.30 Uhr.
Mauer (Baugewerksbund). Volkshaus, 19 Uhr.
Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (Essig, Senf, Pfeffer und Mineralwasserfabriken). Volkshaus, 17.30 Uhr.
Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Osten (Funktionäre). Arbeiterheim, 20 Uhr.
Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Möckern-Wahren (Funktionäre). Arbeiterheim, 20 Uhr.
Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Mockau (Funktionäre). Turnerheim, 20 Uhr.
Freitag, 13. März.
Deutscher Freidenker-Verband, Ortsgruppe Schönefeld. Zum Antritt, 20 Uhr.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportschule

Orte	Temperatur Grad Celsius	Schneehöhe cm	Schneebedecktheit	Sportmöglichkeiten
Oberweißbach	-6	99	verweht	Ski und Schlitten
Waldkappel	-5	104	"	"
Sonnenberg	-4	89	"	"
Wiesenberg	-6	91	"	"
Mücheln, Mücheln	-6	95	Palmerlöcher	"
Schönbach	-5	80	verweht	"
Wiesenberg-Pöhlitz	-6	60	Palmerlöcher	"
Wiesenberg	-5	33	verweht	"
Wiesenberg	-7	60	"	"
Alpenhof, Wahren	-3	48	Palmerlöcher	"
Provenzen (Abt.)	-	-	-	-
Dörfel	-	-	-	-
Bob Gollub	-1	19	verweht	Ski
Witten, Schönbach-Cauchberg	-4	38	"	"
Nele Grube	-	-	-	-
Waldkappel	-	-	-	-
Mücheln	-9-15	35-160	Palmerlöcher	Ski gut

...und Ihre Lebensmittel

KOLONIALWAREN Linsen Pfd. 18 ⁸ Tafelreis, ital. Pfd. 19 ⁸ Haferflocken Pfd. 25 ⁸ Kartoffelmehl Pfd. 18 ⁸ Gebr. Korn od. Gerste Pfd. 20 ⁸ Gelbe Erbsen Pfd. 20 ⁸ Weizenmehl Pfd. 21 ⁸ Grüne Erbsen Pfd. 24 ⁸ Graupen Pfd. 25 ⁸ Grießfadennudeln Pfd. 25 ⁸ Pudding-Pulver Pfd. 25 ⁸ Grünkernschrot Pfd. 60 ⁸ Bruch-Makkaroni Pfd. 42 ⁸ Grießnudeln Pfd. 38 ⁸ Elornudeln Pfd. 45 ⁸ Ital. Spaghetti Pfd. 62 ⁸ Ital. Makkaroni Pfd. 68 ⁸ Getr. Pflaumen Pfd. 25 ⁸ Getr. Mischobst Pfd. 75 ⁸ Getr. Pfirsiche Pfd. 90 ⁸ Ringäpfel Pfd. 64 ⁸ Kakao, garan. rein Pfd. 50 ⁸ Schokol.-Pulver Pfd. 95 ⁸ Tee, lose 1/4 Pfd. 190, 140 95 ⁸	Schinken, gek. 1/4 Pfd. 45 ⁸ Fleischblutwurst, Pfd. 98 ⁸ Mettwurst Pfd. 1,20 Margarine Pfd. 52 43 39 ⁸ Kokosfett Pfd. 39 ⁸ Molkerobutter 1/2 Pfd. 80 ⁸ Erdnüsse Pfd. 32 ⁸ Calif. Tafeläpfel Pfd. 48 ⁸ Bananen Pfd. 45 ⁸	FRISCH-FLEISCH ERSTER KLASSE RINDFLEISCH SCHWEINEFLEISCH KALBFLEISCH Brust Pfd. 85 ⁸ Beinfleisch Pfd. 90 ⁸ Rollbraten Pfd. 1,28 Spickbraten Pfd. 1,40 Fettes Pfd. 68 ⁸ Bauch mit Beilage Pfd. 70 ⁸ Koule Pfd. 92 82 ⁸ Koteletten Pfd. 1,20 Brust Pfd. 1,10 Kamm Pfd. 1,10 Niere Pfd. 1,30 Rollbraten Pfd. 1,40	KONSERVEN 2-Pfund-Dose Junge Brechbohnen 38 ⁸ Spinat 43 ⁸ Rotkohl 43 ⁸ Brechbohnen I 38 ⁸ Große Bohnen 60 ⁸ Stangenschnittbohnen 65 ⁸ Gemüse-Erbsen 48 ⁸ Junge Erbsen, m. Karott. 58 ⁸ Junge Karotten 55 ⁸ Gemischtes Gemüse 70 ⁸ Gemischt. Gemüse, fein 1,28 Rosenkohl 95 ⁸ Spargelabschnitte 1,05 Brechspargel, o. Kopf 1,38 Stangenspargel 50/60 1,65 Stangenspargel, mittel 1,90 Apfelsmus 65 ⁸ Aprikosen 1/2 Frucht 1,00 Gemischte Früchte 1,35
---	---	--	---

wieder von ALTHOFF

Karotten, geschnitt. letzte Ernte, sehr preiswert. 2 Pfd. Dose 25⁸ **Schnittbohnen, letzte Ernte, unsere Qualität. 2 Pfd. Dose 30⁸**

Fetter Speck Pfd. 85⁸ Harzer Käse, Pfd.-Kiste 40⁸ Dragee-Eier Pfd. 48⁸
 Schwarzfleisch Pfd. 1,18 Limburger Käse, Pfd. 50⁸ Teespitzen Pfd. 48⁸
 Schinkenspeck Pfd. 1,65 Steinbuscher Pfd. 95⁸ Kokosfick. m. Schk. Pfd. 60⁸

Salzheringe 95⁸ 4 Stück
 Frühstückskäse 50⁸ 5 Stück
 Kassel. Rippen speer 1,14 Pfd.

Der zweite Bauer-Prozess
Sum Mord im Kainzer Tiergarten

Am Mittwochvormittag begann vor dem Wiener Schwurgericht der zweite Prozess gegen Gustav Bauer, den mutmaßlichen Mörder vom Kainzer Tiergarten.

Bauer hat keinen leichten Stand. Niemand hat ihn zur Zeit der Mordtat gesehen, und nur ein Zufall führte zur Feststellung der Person der Ermordeten: ein Wiener Zahnarzt erkannte in dem auf Plakaten abgebildeten Gesicht der Ermordeten seine Arbeit.

Zu der neuen auf zehn Tage berechneten Verhandlung, zu der 80 Personen als Zeugen geladen wurden, sind wieder Andreas Fellner, der frühere Gatte der Ermordeten, und ihr Bruder erschienen.

Schneefatastrophe in Süddeutschland

Der Schneefall in Bayern

München, 11. März.

Der Schneefall hält mit geringen Ausnahmen nunmehr schon seit einer Reihe von Tagen an und noch selten sind im März so tiefe Schneemengen gefallen wie in diesem Jahre.

Sechs Anwesen eingestürzt

Kempten, 11. März.

Im Allgäu haben sich infolge der andauernden Schneefälle gewaltige Schneemassen angehäuft, unter deren Gewicht in der Gegend zwischen Kempten und Pfronen innerhalb kurzer Zeit fünf landwirtschaftliche Anwesen einstürzten.

Unwetter im Harz und im Industriegebiet

Im Wernigerode, 11. März.

Über dem Harz und den Randgebieten tobt seit Mittwochvormittag ununterbrochen ein heftiger Schneesturm von Windstärke 10.

Esien, 11. März. Seit den frühen Morgenstunden geht über das rheinisch-westfälische Industriegebiet ein heftiger Schneesturm nieder, der teilweise jede Sicht auf größere Entfernung unmöglich macht und sich sehr störend im Verkehr auswirkt.

Konzertthalle bricht unter Schneelast zusammen

St. Gallen, 11. März.

In Reudorf bei St. Gallen ist unter dem ungeheuren Druck der Schneelast eine 20 Meter lange und 9 Meter breite Halle eingestürzt, die zu Konzerten benützt wurde.

Meterhohe Schneelage in Tirol

Innsbruck, 11. März.

Ein Schneesturm brachte in der letzten Nacht ungefähr 20 Zentimeter Neuschnee. Im Taupeiner Tal erreichte der Schnee stellenweise eine Höhe von 3 Metern.

Drei französische Banken zusammengebrochen

Im Paris, 11. März.

Die schon seit einigen Tagen an der Pariser Börse verbreiteten Gerüchte über Schwierigkeiten der Bankengruppe, die an der Finanzierung des französischen Luftfahrtunternehmens „Aéro Postale“ beteiligt ist, haben ihre Bestätigung dadurch erfahren, daß die drei Banken „Crédit Foncier de Bréfil et de l'Amérique du Sud“, „Caisse Commerciale et Industrielle de Paris“ und „Coulis-lour-Lafont Frères et Jan“ infolge des Zusammenbruchs der Luftfahrtgesellschaft am Mittwoch ihre Zahlungen einstellen mußten.

Frisches Kalbfleisch

aus eigener Schlachtung

Table with 4 columns: Product name, weight, price, and another product name with price.

Frisches Rindfleisch

prima Qualität

Table with 4 columns: Product name, weight, price, and another product name with price.

Frisches Schweinefleisch

Table with 4 columns: Product name, weight, price, and another product name with price.

Frisches Hammelfleisch

Table with 2 columns: Product name and price.

Wurst- und Delikatesswaren

Table with 4 columns: Product name, weight, price, and another product name with price.

Table with 2 columns: Product name and price.

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder
Bitte Kustostkarten mitbringen

Frohe Botschaft für die Hausfrau!



Gelegenheitskäufe in Herren-Konfektion aus Musterbeständen Konfirmanden-Anzüge
Bekleidungshaus A. Rudolph Leipzig C1, Katharinenstraße 14 (Laden)

Nähmaschinen Phoenix - Mundlos - Orig. Victoria Nähmaschinen - Schube Ritterstraße 4 Tel. 235 85 Reparaturen - Nadeln - Öl Neuester Ziackack-Apparat

Soeben erschienen: Unser Programm in Wort und Bild! Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschl. zu Heidelberg am 18. September 1925. Preis 90 Pf. Alle Filialen und Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Leipziger Buchdruckerei AG. Abf. Buchhandlung • Leipzig C1, Tauchaer Str.

Um den Arbeitslosenschutz

Neue Versicherungsreformpläne - Die Stellungnahme der freien Gewerkschaften

In letzter Zeit wird in der Öffentlichkeit wieder lebhaft über eine Reform der Arbeitslosenversicherung diskutiert. Die christlichen Gewerkschaften - ausgerechnet - haben unlängst bereits Reformvorschlüsse gemacht. Ferner hat sich der Deutsche Städtetag für eine Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge ausgesprochen und endlich noch wurde in den letzten Tagen im Reichstag ein Antrag der Staatspartei eingebracht, der einschneidende Änderungen der heutigen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung vorzieht. Zu den Vorschlägen der christlichen Gewerkschaften und des Städtetages nimmt die Gewerkschaftszeitung, das Blatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrem letzten Heft kurz Stellung. Das Organ des ADGB schreibt u. a.:

Wir halten es auch für völlig unzumutbar, etwa entsprechend den Vorschlägen der christlichen Gewerkschaften nunmehr mit Reformvorschlüssen hervorzutreten, die augenscheinlich nur dem Bedürfnis entspringen, überhaupt etwas vorzuschlagen, da nun schon einmal der Ruf nach Reform wieder laut geworden ist. So fordern die christlichen Gewerkschaften beispielsweise die Befreiung aller Ehefrauen, aller Jugendlichen bis zu 18 Jahren und aller Personen von über 60 Jahren von der Versicherungsspflicht. Für die ersten beiden Gruppen hätte nach ihrer Auffassung die Familie einzutreten, im Unvermögensfalle die Wohlfahrtspflege. Daß es Tausende und aber Tausende von Ehefrauen gibt, die im Interesse der Familie, für die sie selbst eintreten müssen, berufsmäßige Arbeitnehmertätigkeit ausüben müssen, diese wirklich nicht mehr neue Tatsache ignoriert der Vorschlag. Wenn andererseits für die über 60jährigen an Stelle der Arbeitslosenunterstützung die Invalidenrente gefordert wird, so fragt man sich, ob den christlichen Gewerkschaften die trostlose Lage der Invalidenversicherung, die zur Schaffung neuer Stellen wirklich nicht anreizt, völlig unbekannt ist.

Die weitere Forderung, alle Befreiungen in der Landwirtschaft aufzuheben, ist von den freien Gewerkschaften schon seit langem erhoben, von den bürgerlichen Parteien des Reichstages leider bisher immer abgelehnt worden. Sie wird aber gefährlich, wenn sie in Verbindung mit der Forderung nach Einführung einer besonderen Gefahrenklasse für die Landwirtschaft gestellt wird, denn wenn auch ausdrücklich weitere Gefahrenklassen in der Beitragsbemessung abgelehnt werden, so wird doch allgemein betont, daß der Ausgleich der besonderen Berufsgefahr erfolgen soll, und zwar von der Leistungsfähigkeit her durch besondere Regelung des Anwartschafts-erwerbs und der Bezugsdauer, sowie durch Staffelung der Wartezeit. Damit würden die christlichen Gewerkschaften den unglückseligen Weg, der bereits jetzt zur Verklärung der Unterhaltungs-sätze für die Mehrzahl der Angehörigen der oberen fünf Lohnklassen geführt hat, weiter beschreiten. Erneut soll dieser Weg schmacht gemacht werden mit der Forderung, alsdann die Sonderbestimmungen für berufsmäßige Arbeitslosigkeit fallen zu lassen. Wir erinnern warnend daran, daß schon die Notverordnung den Forderungen der christlichen Gewerkschaften in der ersten Hinsicht weitgehend, in der zweiten dagegen überhaupt nicht Rechnung getragen hat. Dem Protest gegen die ungerechte Auswirkung des § 80a (Begriff der Arbeitslosigkeit) können wir uns anschließen, ohne jedoch in den Vorschlägen der christlichen Gewerkschaften den Weg zur Milderung zu finden.

3) merken ist schließlich noch, daß, wenn auch mit Vorbehalt, gewerkschaftliche Ersparnisse gefordert werden und daß der Arbeits- und Beschäftigungsweg abgelehnt wird. Die in beiden Fragen grundsätzlich entgegengesetzte Auffassung der freien Gewerkschaften mag hier noch einmal betont werden.

Unzureichend ist der Vorschlag der christlichen Gewerkschaften dort, wo die Reformnotwendigkeit offensichtlich und dringend ist. Wir meinen die notwendige

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Wohlfahrtspflege. Der Vorschlag der christlichen Gewerkschaften spricht nur von der Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und vom Ausschluß der Arbeitslosenfürsorge aus der Wohlfahrtsunterstützung. Er verlangt allerdings die Betreuung der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen nur von einer Stelle aus, und zwar vom Arbeitsamt. Zur Finanzierung werden Einzelvorschlüsse nicht gemacht, abgesehen von den negativen, daß der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung 5 v. H. nicht übersteigen soll und daß im übrigen der Anspruch auf Beteiligung der Allgemeinheit an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge nicht aufgegeben werden kann. Wir hatten gehofft, daß im Augenblick der grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Einrichtung einer Reichsarbeitslosenfürsorge auch die christlichen Gewerkschaften deutlich Farbe bekennen hätten.

Sieht doch der Vorschlag des Deutschen Städtetages die Übernahme der gesamten Arbeitslosenfürsorge auf die Bezirksfürsorgeverbände, die Zahlung einer Unterstützung nach Fürsorgepflicht, die Bedürftigkeitsprüfung nach den Grundsätzen der kommunalen Fürsorge, die Entscheidung über die Unterstützungsanträge durch den Bezirksfürsorgeverband, kurz alles vor, was die freien Gewerkschaften mit der größten Entschiedenheit abgelehnt haben. Wie zwischen den Gedanken des Antrages Breitscheid (dieser Antrag, der die Neuregelung der Fürsorge für Arbeitslose ohne versicherungsmäßigen Unterstützungsanspruch vor-

steht, wurde im Dezember von der SPD-Fraktion im Reichstag eingebracht), der in der Gewerkschaftszeitung besprochen wurde, und dem Entwurf des Deutschen Städtetages, ein Ausgleich hergestellt werden soll, ist bisher nicht zu sehen. Zu erkennen ist bisher nur, daß ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften und der Städte nicht in Frage kommt und daß die trennenden Momente die einigenden bei weitem überwiegen.

Nur Stillschweigen haben wir im vorstehenden unsere Stellung zu einigen Fragen der Arbeitslosenunterstützung erörtert.

Namentlich auf die letzte Frage, nämlich die der Vereinigung von Arbeitslosen- und Wohlfahrtspflege, erneut hinzuweisen, erschien uns notwendig, weil gerade diese Frage den Ausschub langer Kommissionsberatungen nicht verdrängt, sondern der abschließenden Lösung bedarf.

Soweit aber die größeren Fragen der eigentlichen Arbeitsmarktpolitik zur Debatte stehen werden, soll es unsere Aufgabe in nächster Zeit sein, unsere Meinung an entsprechender Stelle so deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß sie auch in den Beratungen der Brauns-Kommission Widerhall findet.

Lohnkampf im Leipziger Bäckergewerbe beigelegt

Der am 28. Februar gefällte Schiedspruch, der einen Abbau der bisherigen Löhne von 6 Prozent vorsieht, hat inzwischen vor dem Landesgericht die Zustimmung der Innungsleitung gefunden.

Die Herren der Innungsleitung forderten einen Abbau von 8 Prozent, und als die Gewerkschaft dieses Ansuchen ablehnte, wurden die Mitglieder der Bäckerzunft zum Streik gezwungen, ihrer Leitung angehend, ohne den Verband der Arbeiter einen betrieblichen Lohnabbau bei den einzelnen Geschäften durchzuführen.

Durch die Handlungsweise der Innung sah sich die Leitung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter gezwungen, ihrerseits ebenfalls Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Die Bäckermeister erhielten den Schiedspruch mit dem Ersuchen zugestellt, diesen nach Unterzeichnung dem Verband der Arbeiter wieder zuzustellen. Bis Montag, den 9. März, war Bedenkzeit gegeben worden. Nach dieser Zeit sollte eine Veröffentlichung der tarifreuen Betriebe befehligegeben werden.

Daß ein großer Teil der Bäckermeister anders über Lohnabbau denkt als die angeblich weitblickende Innungsleitung, geht daraus hervor, daß bis zum Dienstag früh, ehe der Weg zum Landesgericht angetreten wurde, bereits einige hundert Bäckermeister durch Unterschrift den Schiedspruch anerkannten. In, in mehreren Fällen wurde erklärt, daß man trotz des Schiedspruches die bisherigen schon besseren Löhne auch weiterhin zahlen wolle. Diese Tatsachen zwangen schließlich die Innungsleitung zur Umkehr in der von ihr eingeschlagenen falschen Lohnpolitik.

Die im Schiedspruch genannten Löhne von 44,50 bis 36 Mark haben Gültigkeit ab 13. März 1931 bis 3. Juli 1931. Vom 4. Juli 1931 bis 30. September 1931 tritt eine Verminderung der Löhne von 50 Pfennig bis 1 Mark pro Staffeln ein. Näheres hierüber wird rechtzeitig bekanntgegeben. Lohnabkommen sind im Büro des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes, Jäger Str. 32, erhältlich.

Zum Feierschichtenprozeß gegen die Reichsbahn

Die Klage der Eisenbahner vom Arbeitsgericht Berlin abgewiesen.

SPD. Das Arbeitsgericht Berlin hat am Mittwoch in dem Feierschichtenprozeß die Klage der Eisenbahner gegen die Reichsbahn abgewiesen. Aus der kurzen Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, geht hervor, daß das Gericht die tatsächlichen, besonderen Verhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft verkannt hat. Vor allem ist der Richter nicht auf die Befreiung der regelmäßigen Arbeitszeit durch die viele Monate hindurch eingelegten Feierschichten eingegangen. Auch hat das Gericht dem Charakter des Tarifvertrages als Maximal-Tarifvertrag, der die in ihm behandelten Gegenstände abschließend regelt, nicht Rechnung getragen. Hätte es dies getan, dann hätte es die Zulässigkeit der Kurzarbeit verneinen müssen; denn die Materie der Arbeitszeit ist abschließend geregelt.

Nicht verständlich waren in der Begründung die Ausführungen über die Bestimmung des Lohnarbeitsvertrages in § 8, Ziffer 6, worin die für Notfälle vorgesehene Kurzarbeit geregelt wird. Das Gericht sah in ihr nicht eine erschwerte Ausführung der tariflich zulässigen Fälle der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern eine Regelung der Lohnverhältnisse.

Nach der mündlichen Begründung basiert das Urteil auf einer Verkennung des Begriffes „regelmäßige Arbeitszeit“ und der die Arbeitszeit regelnden Bestimmung des Tarifvertrages.

Die Kläger werden gegen dieses in seiner Begründung höchst anfechtbare Urteil Berufung einlegen.

Die Angriffe auf Lohn und Gehalt

Lohnraubzug in der Rheinschiffahrt. - Fahrzeuge unter holländische Flagge gestellt.

Das Vorgehen der Hamburger Reederei S. V. O. G. M. A. N., die kürzlich ihr Schiff „Dagland“ unter die Flagge Panamas stellte, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Besatzung zu verschlechtern, macht Schule. Wir haben unlängst bereits darauf hingewiesen, daß auch am Rhein deutsche Schiffe unter fremder Flagge fahren. Neuerdings ist die Duisburger Schiffahrtsgesellschaft Hansen, Neuerburg u. Co. dazu übergegangen, ihre Fahrzeuge einem holländischen Unternehmen zu übertragen. Die Firma ließ ihrem Personal ein Schreiben zugehen, in dem es heißt:

„Die Fahrzeuge der Firma Hansen, Neuerburg u. Co. werden ab 1. April 1931 durch ein Abkommen der Genootschap „Industrie“, Amsterdam, zur Beschäftigung übertragen, welcher Gesellschaft auch die Regelung der Arbeitsbedingungen obliegt. Ab 1. April 1931 ist die Firma Hansen, Neuerburg u. Co., Duisburg-Ruhrort, bis auf weiteres nur eine Verwaltungsgesellschaft, die ihr von der W. Industrie in Amsterdam für die Dauer des Abkommens übertragen wird. Die unterzeichneten Arbeitnehmer haben hieron Kenntnis genommen und erklären sich durch Unterschrift freiwillig damit einverstanden, ab 1. April 1931 für Rechnung der W. Industrie zu den Löhnen und Bedingungen des holländischen Lohn- und Arbeitstarifes vom 1. Januar 1929 weiterzuarbeiten und die sich daraus ergebende geänderte Regelung der sozialen Beiträge anzuerkennen. Das Arbeitsverhältnis mit der Firma Hansen, Neuerburg u. Co., Duisburg-Ruhrort gilt mit dem 31. März 1931 als beendet.“

Aus dem Schreiben geht deutlich hervor, daß die Duisburger Gesellschaft ihre Fahrzeuge nur dem holländischen Unternehmen übertragen hat, um die Löhne und Arbeitsbedingungen der Mannschaften zu verschlechtern.

Die Metallarbeiterauspezzung in Bayern

Von der Auspezzung in der bayerischen Metallindustrie werden in München rund 7000, in Augsburg 5600, in Nürnberg - dem Hauptsitz der bayerischen Metallindustrie - 24 000 und in Würzburg 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Die Münchener Spielwarenindustrie hat sich an der Auspezzung nicht beteiligt.

Dienstag nachmittag fand in München eine von rund 2000 Personen besuchte Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt, in der über die Lohnverhandlungen gesprochen wurde. Die Versammlung stimmte einem Antrag einstimmig zu, wonach der Schiedspruch angenommen und für verbindlich erklärt werden soll.

Der Gehaltskonflikt in der Berliner Metallindustrie. - Ergebnislose Verhandlungen

Die am Mittwoch zwischen Vertretern der Berliner Metallindustriellen und der Gewerkschaften geführten Verhandlungen über den Neuausschluß eines Gehaltstarifs für die Metallangestellten verlief ergebnislos. Die Industriellen verlangen selbstverständlich einen Lohnabbau. Am 17. März wird sich der Berliner Schlichtungsausschuß mit dem Tarifstreit beschäftigen.

Drei Einbrecherbanden festgenommen

550 Einbruchsdiebstähle aufgeklärt.

III. Dortmund, 12. März.

Durch das Geständnis des am 24. Mai 1930 bei einem Einbruchsdiebstahl in Dortmund verhafteten 23jährigen Arbeiters Franz Kitta ist es der Dortmunder Kriminalpolizei gelungen, drei Einbrecherbanden von insgesamt 21 Personen auf die Spur zu kommen. Die Banden arbeiteten gemeinsam, jede Kolonne hatte eine gutorganisierte Helferbande hinter sich. Alle 21 Beteiligten sind in der Zwischenzeit hinter Schloß und Riegel gebracht worden und haben die ihnen zur Last gelegten Straftaten eingestanden. Insgesamt konnten 550 Einbruchsdiebstähle und 25 Automobiliebstähle aufgeklärt werden. In allen Fällen haben die Täter ein Geständnis abgelegt. Ein großer Teil des Diebesgutes konnte wieder herbeigeführt werden. In den meisten Fällen waren die Fehler die treibende Kraft für diese Verurteilung. So hat ein Dortmunder Helfer eine der Diebesbanden ständig bei sich herbeigetragen und verpflegt. Von Dortmund aus unternahmen die Einbrecherbanden in gestohlenen Autos Einbrecherfahrten, die sich zunächst nur auf das Sauerland beschränkten, später aber bis nach Köln ausgedehnt wurden, wo sich dann bald eine neue vielköpfige Bande bildete. Bald wurden die Fahrten auf ganz Nordwestdeutschland ausgedehnt. So übten die Banden ihre Tätigkeit in Hamburg, Kiel, Neumünster, im Harz und in der Lüneburger Heide aus.

25 JAHRE in Plagwitz

daher 25% Rabatt als außergewöhnliche Festgabe

J. Joske Nachflg.

Herren-, Knaben- und Berufs-Kleidung Leipzig-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 47

Aufbruch in Kraneberg

Roman einer Zuchthausrevolte von Werner Scheff

Copyright by Wilhelm Goldmann Verlag, G. m. b. H., Leipzig

26]

Von allen Seiten waren die Blicke der Kameraden auf ihn gerichtet. Auch diese Szene war eines bedeutenden Bühnennormales würdig. Schandensüchtige, Neugier, Mitleid und Befriedigung sahen auf ihn hin. Niemand schien es gewohnt zu sein, niemand verriet sich oder einen anderen als den Täter.

Einer der Strafgefangenen war bei dem Verwundeten geblieben, Hollbach. Er half ihm auf die Beine, aber der schwere Mann sagte wieder zusammen. Er war blaß und bis die Zähne zusammen.

„Ein Hundstot war das... von hinten, Hollbach“, riefte er hervor. Sein erster Gedanke: nicht im ehrlichen Kampf war er unterlegen.

Hollbachs Gesicht schien das Rot der Hofmauern widerzuspiegeln. „Bleib nur ruhig sitzen... du brauchst eine Bahre“, stammelte er verzerrt.

Er fuhrte neben Balke und stützte ihn.

Der Aufseher stand dabei und wußte nicht recht, was zu tun sei. Andere Beamte kamen zu Hilfe. Der Spaziergang wurde sofort abgebrochen, die Strafgefangenen in die Zellen zurückgebracht. Der Hauptwachtmeister nahm ein Protokoll für den Direktor auf. Man ließ nach dem Medizinalrat, tief aber inzwischen aus dem Lazarett einen Heilgehilfen herbei, der die Wunde oberflächlich untersuchte und sie zu verbinden begann.

Man dubelte nur fürs erste, daß Hollbach sich des Verletzten annahm. Dann schickte man auch ihn fort. Er war rührend um den Kameraden bemüht gewesen.

„Na, jetzt wirst du eine Weile auf dem Bauch liegen, Balke“, sagte er zum Abschied.

Balke schob sein weißes Gesicht zu ihm empor. „Hast du... ihn nicht gesehen?“

„Nein... ich hab's doch schon dem Herrn Aufseher gesagt: ich glaubte Raibicht und Kranz waren das.“

„Also eine richtige Verschwörung“, ließ sich der Hauptwachtmeister vernehmen, „da wird es Strafen regnen. Der Herr Direktor hat diese Prügelei mehr“, entgegnete einer der anderen Beamten, „ke haben ihm ans Leben gewollt, dem Balke. Nicht wahr, Strancovic?“

Der Heilgehilfe, ein Strafgefangener der Ausgangsstufe, gab ausweichenden Bescheid.

„So arg war's nicht gemeint, Herr Wachtmeister. Ich glaube nicht mal, daß es ein Messer war... eher ein Glascherben.“ Er sprach ein hartes Deutsch.

„Wie... kein Messer“, ließ sich die postlernde Stimme des Oberwachtmeisters Melms vernehmen, „hier haben wir doch die Waffe.“

Er hielt Strancovic, der sehr überrascht tat, ein Brotmesser hin, wie es in der Anstaltsküche verwendet wurde. Der Täter hatte es fallen lassen, ein Vorgang, der wahrscheinlich nicht in das Programm der Auslieferung paßte.

„Wirklich ein Messer“, sagte der Serbe kopfschüttelnd, „dann war es natürlich sehr gefährlich.“

„Der Herr Medizinalrat ist nicht im Hause“, meldete ein Kalfaktor, den man zum Anstaltsarzt geschickt hatte.

Eine Bahre war bereits zur Stelle. Balke wollte gehen, aber es gelang ihm kaum, ein paar Schritte zu tun. Er mußte sich schwer auf die Schultern der zwei Beamten stützen, die sich ihm willig zur Verfügung gestellt hatten. Dann sank er stöhnend auf die Trage nieder, die Strancovic und ein zweiter Kalfaktor aufhoben.

Von zwei Aufsehern begleitet, bewegten sich die Träger mit dem Verwundeten hinüber zum Lazarett, das, ein von der Hauptanstalt getrennter Bau, nach hinten gegen die Felder zu lag. Über die Doppelmauer, die hier alles vom Außenleben schied, lag auch zwischen dem Hospital des Zuchthauses und der weiten, freien Fläche.

Krankenhausgeruch war das erste, was Balke von dieser neuen Umgebung spürte. Er landete dann in dem äußeren Bett einer Zelle, die sich durch wenig mehr an Komfort von seiner eigenen Zelle drüben in der Anstalt unterschied. Alle bis auf Strancovic entfernten sich.

Der Serbe vollendete den Verband. Er sprach dabei kein Wort, seine unruhigen Augen wanderten aber zwischen seiner Arbeit und dem Gesicht des Verwundeten hin und her.

Balke sah den Mann zum erstenmal. Es fiel ihm auf, um wieviel mehr als die Leute drüben in den Arbeitszellen dieser Anstalt, auf aussehende Strafgefangene geprügelt war. Später erfuhr er, daß Strancovic nach zahllosen Detratschwindeln und bestürzlichen Manövern, die Geisteszunahme hatten, nach Kraneberg gekommen war, wo es ihm geglückt war, seine geringen Kenntnisse der Medizin, errungen in den Kriegsjahren, zur Erleichterung seiner Lage auszunutzen. Er war sonst sehr freundlich, aber in dieser ersten Begegnung mit dem Premier hielt er sich auffallend zurück.

„Ist es schlimm?“ fragte Balke.

Strancovic zuckte die Achseln. „Du wirst es überleben!“

„Kann's lange dauern?“

„Nicht länger als vierzehn Tage. Kommt übrigens auf den Herrn Medizinalrat und auf die Pflege an.“

Nach dieser rätselhaften Äußerung ließ er Balke allein. Der Aufseher öffnete ihm, schloß dann wieder die Tür sorgsam ab.

Balke fand schnell seine innere Ruhe wieder, schneller als es mancher andere in der gleichen Lage zuwege gebracht hätte. Die Wunde fing zu schmerzen an, aber darüber ging er hinweg. Er peinigte sich nur mit der Frage nach dem Täter, ging im Geiste alle durch, die in Betracht kamen. Daß er einer Verabredung zum Opfer gefallen war, begriff er vom ersten Augenblick an. Die Schwankenden hatte man jedenfalls terrorisiert, sie würden den Täter gewiß nicht verraten.

Würde sich dieser Versuch nicht wiederholen? Er ging ernsthaft mit sich zu Rate, ob er nicht um seine Verlegung in eine andere Strafanzalt einkommen sollte. Einmal hatte er Glück gehabt. Wer wußte, wie es beim zweitenmal ausfallen würde. Wäre doch ein häßliches Ende, von den eigenen Kameraden um die Ecke gebracht zu werden.

Er wurde müde. Die Reaktion auf die ungeheure Erregung trat ein. Er döste vor sich hin. Es war kein richtiger Schlaf, denn er fuhr immer wieder empor, wenn scharf wie ein neuerlicher Messerstich der Schmerz durch seine linke Schulter ging. Jede noch so leise Bewegung löste solche Gefühle aus.

Wie lange es her war, seit er hier lag, vermochte er nur an dem Halbbüchel zu beurteilen, das um ihn war, als er draußen Schritte und Stimmen von ein paar Menschen hörte. Die Tür ging auf, das Licht wurde eingeschaltet, und vor dem Lager des Verwundeten stand der Medizinalrat in seinem weißen Mantel, begleitet von zwei ähnlich gekleideten Männern. In dem einen erkannte Balke den Kalfaktor Strancovic, der zweite war ihm fremd.

„Na, wie geht's?“ fragte der Arzt in seiner freundlichen Art. „Ist es sehr weh?“ Und als Balke den Kopf schüttelte, wandte er sich an den zweiten seines Gefolges: „Schulz... es wird gut sein, wenn Sie näher die Temperatur messen. Hätte eigentlich schon gesehen sollen...“

„Um Vergebung, Herr Medizinalrat“, erklang eine platt, weiche Stimme, die etwas ungemehriges Gewinnendes, Anziehendes hatte, „ich war mit den beiden Untersuchungen beschäftigt, die der Herr Medizinalrat befohlen hatten. Außerdem meinte Strancovic, die Wunde sei gar nicht so arg.“

„Schon gut. Können Sie doch mal den Verband ab. Aber vorsichtig, Schulz.“

(Fortsetzung folgt.)

Markthallenstr. 6

Eisbein Pfd 85 Kassler mild und zart Pfd. 1.20

Markthallenstr. 6

Kaufen Sie unsere billigen guten Lebensmittel, dann verbilligen Sie Ihren Haushalt!

Hammelfleisch

gebr. Pfd. 78
Ragout Pfd. 80
Sauch u. Brust Pfd. 80
V. Keule, Kamm und Rucken Pfd. 90
Rollbraten ohne Knochen Pfd. 1.20
Knochen Pfd. 1.20
Wirsingkohl 2-Pfund-Dose 48
Hausmacher-Blut- u. Leberwurst Pfd. 80

Rindfleisch

zum Kochen Pfd. 75
zum Braten mit Kn. Pfd. 1.15
zum Braten ohne Kn. Pfd. 1.25
Rouladenfleisch Pfd. 1.25
Rouladen, gesch. Pfd. 1.30
Gulasch Pfd. 95
Rinderfett m. Schweinefett gem. Pfd. 60
Sülzenwurst Pfd. 80
Bierwurst Pfd. 1.20

Der Schlager dieser Woche!

Zirka 150 Käiber werden ausgepundet
Frikassee oder Pfefferfleisch Pfd. 90
Keule Pfd. 1.25 | Brust und Kamm Pfd. 1.10
Ohne Knochen — ohne Zulage
Wickelbraten Pfd. 1.30 | Keulen u. Nieren Pfd. 1.45
Wir bitten, Sonnabends auch den Nachmittag zum Einkauf zu benutzen, da vormittags gegenwärtig der Andrang groß ist

Blutfrische Leber

Pfd. 1.20
Schweineleber Pfd. 1.15
Durchwachs. fettes Schweinefleisch Pfd. 70
Pökelkeule 95
Schweineknochen Pfd. 45
Lunge u. Herz Pfd. 68
Knackwurst Pfd. 1.10
Mettwurst Pfd. 1.40

Gänse

Pfd. 88
auf Wunsch halbiert
Mühner Pfd. 1.10
Geräuch. Speck Pfd. 95
Schmer und Fettes o. Schw. z. Ausbraten geschritten Pfd. 80
Fettes Pfd. 72 68
Filetwurst Pfd. 1.60
Gek. Schinken Pfd. 45

Großfleischerei Richter & Fischer, Wurstfabrik

Gute Bücher

Kaufen Sie in der
Geipziger
Buchdruckerei
20.
Kleist, Buchhandl.
Taubert Str. 19/21

Ganz Leipzig spricht davon

daß in den Verkaufsgeschäften der Firma **Wilhelm Horn** wirklich gute Ware zu äußersten Preisen verkauft wird. Machen Sie einen Versuch mit nachstehend von mir empfohlenen Weinen

Table with wine prices: 30er Horrwellerer Bingerweg 0.65, 30er Gaubickelheimer Wiesberg 0.75, 29er Edenkobener 0.90, 30er Gensinger Bingerweg 1.10, 29er Wachenheimer Schenkenböhl 1.50, 29er Obermoseler 1.00, 29er Weißer 1.20, 30er Oberingelheimer Spätrot, vollmundiger Rotwein 0.95, Französischer Rotwein, mein Schlager 1.40

Spirituosen und Liköre in bekannter Güte

Table with spirit prices: Deutscher Weinbrand-Verschnitt, 38% 2.95 1.75, Nordhäuser Brantwein, mit Korngeschmack, 35% 2.70 1.45, Spezialkorn von Horn, 32% 2.40, Deutscher Weinbrand, garantiert echt und rein, abgelagerte Qualität, 38% 3.60 2.05

Wilhelm Horn
HORN
Johannisplatz 15
Ecke Johannisgasse
Telephon 31462 und 38962
Filialen in allen Stadtteilen

Stellenangebote

Bewerber
s. provisorisch. Brief u. Kaffee. Wein gel. Eisenbahnstr. 17, 6d1

Verkäufe

H. Fleischelut u. Mayonnaise, Pfd. nur 90 Pf. Melkner Str. 9.

Sommer-sprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** Stärke B beseligt, Preis 2,75 A
A. Allner, Steckner-Passage und Reichstraße 4/B, Specks Hof J. J. Achenbach, Johannisplatz 19, und Talstraße 12b C. Stück Nachh., Petersteinweg 7

Unterricht

Auto- und Motorrad-priv. Fahrschule
für Damen, Herren- und Berufsfahrer
FRANKE (gegründet 1907)
Lubwigstraße 52 Telefon 60790

Lederjacken

eigene Herstellung, Reichstraße 26, III.*

Auf Kredit Schränke

mit kleiner 3-jähriger Miet-Kauf-Kredit-Zins
Hans Hoffmann
Rathstraße 10, I. Etage

Vermietungen

E. Zimmer u. Kochst.
107, 3. u. 5. Stiehl Wahren
Damasche Str. 112



Ein außergewöhnl. **Extra-Angebot** in

Pa. Ochsenfleisch

Table with meat prices: Querrippe Pfd 85, Brust Pfd 85, Hohe Rippe Pfd 95, Kamm Pfd 95, Gulasch Pfd 95, Schmorfleisch oh. Kn. Pfd 1.20, Rouladen Pfd 1.30, Roastbeef oh. Knoch. Pfd 1.60, Lende Pfd 1.80, Gehacktes Pfd 90

Außerdem unsere stets vorzüglichen

Lebensmittel

Frisch-Fleisch I. Klasse

Table with fresh meat prices: Schweinebauch Pfd. 70, Keule Pfd. 82, Kamm Pfd. 1.00, Koteletten Pfd. 1.20, Kalbskamm, Brust Pfd. 1.10, Wickelbraten Pfd. 1.20, Keule oder Niere Pfd. 1.30, Hammelbauch Pfd. 1.10

Wurstwaren

Table with sausage prices: Saftschinken (gekocht) 1/4 Pfd. 45, Schinken (roh) 1/4 Pfd. 55, Zungenwurst 1/4 Pfd. 55, Krakauer 1/4 Pfd. 30, Kasseler Leberwurst 1/4 Pfd. 35, Sardellenleberwurst 1/4 Pfd. 40, Preßkopf Pfd. 95, Diverse Braten 1/4 Pfd. 65

Junge fette Suppenhühner

Pfd. 90

Premier-Schok. Vollmilch-Nuß, Vollmilch-Halbsoß. 3 Tafeln à 100 g 80

Gemüse-Konserven

Table with vegetable prices: Junge Schnittbohnen 5-Pfd.-Ds. 75, Karotten (Streif. gesch.) 4-Pfd.-Ds. 50, Gem. Gemüse K. B. 2-Pfd.-Ds. 55, Junge Brechbohnen 12-Pfd.-Ds. 58, Erbsen mittel f. m. g. Karott. 2-Pfd.-Ds. 85, Sellerie extr. Schb., rostr. 2-Pfd.-Ds. 1.10, Brechspargel dünn 2-Pfd.-Ds. 1.25, Stangenspargel 2-Pfd.-Ds. 1.25, Fett. Räucheraal Pfd. 1.80

Butter, Käse, Kolonialwaren

Table with dairy prices: Feinste Molkereibutter 1/4 Pfd. 85, Tilsiter vollfett, ohne Rinde Pfd. 98, Edamer vollfett Pfd. 22, Emmentaler ohne Rinde 1/4 Pfd. 30, Voll-Reis Pfd. 21, Eiergräuben Pfd. 48, Aprikosen Pfd. 68, Kaffee täglich frisch geröstet 1/2 Pfd. 1.30 1.20 90



GGG-Seifen billiger!

GGG-Kernseifen

Table with soap prices: Fettseife, extra Qual., 80 Proz. Fettgehalt, parfüm., 200-g-Doppelpack 0.35, Spezial-Kernseife 250-g-Doppelpack 0.18, Dranienburger Kernseife 500-g-Riegel 0.35, Dranienburger Kernseife 250-g-Riegel 0.18, Prima Spärkernseife gelb 1000-g-Riegel 0.70, Weiße Kernseife prima glatt 250-g-Stück 0.23, Weiße Kernseife prima glatt 500-g-Stück 0.45, Eisenbeinseife geprüf. 125-g-Stück 0.15

Deffiant-(Benzin-)Seife 330-g-Stück 0.35

GGG-Schmierseifen

Table with grease soap prices: Terpentin-Salmiat-Schmierseife, weiß gefärbt Pfd. 0.40, Salmiat-Schmierseife Ia gelblich Pfd. 0.36

GGG-Waschmittel

Table with detergent prices: Seifenloden GGG, das feinste u. edelste Waschmittel f. feine Wollstücken, Blusen, farbige Stoffe Karton 0.38, Seifenpulver GGG, 30 Prozent Fettgehalt 1/2-Pfund-Paket 0.25, Edelseife „Nitor“ in Pulverform Paket 0.75, Waschetrakt GGG, 15 Prozent Fettgehalt 1/2-Pfund-Paket 0.15, Salmiat-Terpentin-Seifenpulver m. Seifenföhrheln, 20 Proz. Fettgehalt 1-Pfund-Paket 0.38, Bleichmittel „Solex“ Paket 0.20

Das unübertroffene, selbsttätige Sauerstoff-Waschmittel **Jamos** Paket 0.35, Doppelpaket 0.65 wäscht Ihre Wäsche tabellos

erhalten nur Mitglieder in den

Konsumvereinen

Mitgliederaufnahmen jederzeit In allen Verteilungszellen

K A U F H A U S BRÜHL

Toiletten-Seife, 5 Stück ca. 1 Pfd. (Frischgewicht) 60

Eingetroffen
1 Lastzug

Konfitüren

Erdbeer
Aprikosen
Kirsch oder
Himbeer

2-Pfd.-
Eimer **1⁰⁰**

Gemüse-Erbisen von getr. Erbsen 2-Pfd.-Dose **42**
Gemüse-Erbisen 2-Pfd.-Dose **46**
Junge Erbsen 2-Pfd.-Dose **58**
Erbsen mittelfein 2-Pfd.-Dose **75**
Erbsen sehr fein 2-Pfd.-Dose **95**

Kohlrabi 2-Pfd.-Dose **35**
Erbsen mit Karotten von getr. Erbsen 2-Pfd.-Dose **42**
Haushalt-Mischung von getr. Erbsen 2-Pfd.-Dose **45**
Gemischtes Gemüse 2-Pfd.-Dose **60**
Allerlei mit reichlich Spargel 2-Pfd.-Dose **1.05**

Brechbohnen fadenfrei Saat 2-Pfd.-Dose **55**
Schnittbohnen fadenfrei Saat 2-Pfd.-Dose **55**
Junge Wachsbrechbohnen 2-Pfd.-Dose **65**
Schnittbohnen 3-Pfd.-Dose **58**
Schnittbohnen 4-Pfd.-Dose **78**

Aprikosen-, Kirsch-, Pflaumen- u. Himbeer- mit Apfel-Marmelade 2-Pfund-Eimer **85**

Hering in Gelee 1-Ltr.-Dose **68**

Karotten 2-Pfd.-Dose **25**

Junge Schnittbohnen 3 x 2-Pfd.-Dosen **90**

FRISCH-FLEISCH

Rindkochfleisch . Pfd. 95 **75**
Rinds-Gulasch Pfd. **95**
Rinds-Rouladen Pfd. **1.25**
Hammel-Kochfleisch Pfd. **88**
Hammel-Keule o. Blatt Pfd. **1.10**
Kassler Pfd. **1.14**

Weizenmehl Pfd. 28 24 **20**
Sultaninen Pfd. **38**
Kokosraspel Pfd. **40**
Mandeln süß od. bitter . Pfd. **1.25**
Frisch gebrannter Kaffee 1/2 Pfd. 1.40 1.20 **90**

Kokosfett Pfd. **39**
Margarine Pfd. **39**
Große Dose Vollmilch **45**
Molkerai-Butter 1/2 Pfd. **80**
Finnischer Schweizerkäse Pfd. 1.20 **1.00**

Hühner 92 zum Braten u. Kochen Pfd.
Gefrier-Gänse 82 Pfd.

Heidelbeer-Wein 1-Ltr. **78**

Ostereier 48 (Dragees) Pfund

Spanisch. Rotwein oder Wermut-Wein Ltr. **84**

1 Pfd. Vollmilch-Nuß-Schokolade od. 5 Taf. Vollmilch-Schokolade **1⁰⁰**



Reellste Bezugsquelle!
NEUE GANSEFEDERN
von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt, allerbeste Qualität, Pfd. **3.00**, nur kleine Federn (Halbdaunen) **4.50**, 1/4 Daunen **6.25**, gereinigte gerissene Federn mit Daunen **3.50** und **4.75**, hochprima **5.75**, allerfeinste **7.00**, in Volltaunen **9.00** und **10.00**. — Für reelle staubfreie Ware Garantie. Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtref. nehme auf meine Kosten zurück.
Willy Mantuffel, Gänsemästerei, Gegr. 1852, Neutrebbin 12 (Oderbruch) Aeltestes und größtes Bettfederver sandgeschäft des Oderbruches.

Billiger
Wintersport-Sonderzug
nach Johannegeorgenstadt
verkehrt bei günstigem Wintersportwetter und ausreichender Benutzung nochmals am Sonntag, dem 15. März 1931
Abfahrt: Leipzig Hauptbahnhof 6.05, an Johannegeorgenstadt 10.00 Uhr. — Rückfahrt: ab Johannegeorgenstadt 19.02, an Leipzig Hbf. 22.56 Uhr. — Ermäßigter Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt nach Johannegeorgenstadt od. Eisenack ob. Bf. 7.50 RM. in Johannegeorgenstadt infolge Neuschnee, z. Zt. sehr günstige Wintersportverhältnisse. Sonderzug hält in Leipzig-Stötteritz, Leipzig-Cornewitz, Oetzsch, Altenburg und Göbnitz.
Reichsbahn-Verkehrsamt Leipzig I Fernruf 709 21, 727 61. Nebenantrieb 625.

Ämtliche Bekanntmachungen
1. Infolge Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Throna (Amtshauptmannschaft Grimma) wird auf Grund §§ 161 ff. der Bundesratsvorschriften zum Reichsinfektionsgesetz vom 7. Dezember 1911 der **Sonderzug Oberholz** in das **Beobachtungsgebiet** einbezogen.
2. Auf Grund von Punkt 2 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 30. Januar 1928 (abgedruckt in der Sächs. Staatszeitung Nr. 28) wird das wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in **Baseldorf** aus den Gemeinden **Zweinaundorf, Solzhausen, Hirschfeld, Witten**, sowie dem **alten Ortsteil Engelsdorf** gebildete **Beobachtungsgebiet** aufgehoben.
Leipzig, am 11. März 1931.
Die Amtshauptmannschaft.

Die Verbandsberufsschule Großh. hält am **Freitag, dem 20. März 1931, 9 Uhr**, im Schulaal der Neuen Schule eine **Entlassungsfeier** für die abgehenden Schüler und Schülerinnen ab.
Hierzu werden die schulischen Körperschaften, die Körperschaften der Verbandsgemeinden, die Erziehungsberechtigten unterer Schüler und Schülerinnen und alle Freunde der Schule ergebenst eingeladen.
Die Anmeldung der Knaben und Mädchen, die Ostern-1931 berufsschulpflichtig werden, bitten wir aus besonderen Gründen bereits jetzt vorzunehmen, und zwar am **Freitag, dem 13. März 1931**, in **Zimmer 13** der **Alten Schule**.
1. Knaben von 17-18 Uhr
2. Mädchen von 16-17 Uhr
Großh., den 10. März 1931.
Die Leitung der Verbandsberufsschule.

Benutzen Sie GEG BOHNERWACHS

GEG-Reinigungs- u. Putzmittel

GEG-Bohnerwachs gelb 1/2-Pfd.-D. 0.50	GEG-Putzpomade Dose 0.12
GEG-Bohnerwachs gelb 1-Pfd.-D. 0.95	GEG-Metallputz Flasche 0.18
GEG-Bohnerwachs weiß 1/2-Pfd.-D. 0.50	GEG-Reberreinigungsmittel, 'Taco' Glas 0.60
GEG-Bohnerwachs weiß 1-Pfd.-D. 0.95	GEG-Reberseife große Dose 0.32
GEG-Bohnerwachs rot 1-Pfd.-D. 1.00	GEG-Reberseife kleine Dose 0.18
GEG-Bohnerwachs flüssig Blechdose 1.50	GEG-Schuhcreme schwarz große Dose 0.45
GEG-Ofenpolitur Dose 0.15	GEG-Schuhcreme schwarz Norm.-Dose 0.18
GEG-Ofenpolitur flüssig Flasche 0.30	GEG-Schuhcreme Edelwachs Norm.-Dose 0.25
GEG-Schneefarb groß und fein Paket 0.15	GEG-Schuhcreme weiß, Norm.-Dose 0.28
GEG-Schneefarb 1 Streubdose 0.20	GEG-Schuhcreme gelb, Norm.-Dose 0.28
GEG-Spülmittel „Rinu“ Paket 0.25	GEG-Schuhcreme weiß, Norm.-Dose 0.28
GEG-Sarbinencreme cremefarbig Dose 0.10	GEG-Schuhcreme gelb, Norm.-Dose 0.28
GEG-Sarbinencreme altgold Dose 0.10	GEG-Schuhcreme weiß, Norm.-Dose 0.28
GEG-Sarbinencreme glänzend Dose 0.10	GEG-Schuhcreme gelb, Norm.-Dose 0.28
GEG-Sarbinencreme in Flaschen Flasche 0.20	GEG-Edelcreme weiß Tube 0.35
	GEG-Edelcreme gelb Tube 0.35
	Wäschmaschinen- und Fahrtraböl Flasche 0.20

Diese guten GEG-Reinigungs- und Putzmittel sind zu haben nur in den

Konsumvereinen

Mitgliedsaufnahme in allen Vertriebsstellen
Abgabe nur an Mitglieder

Familien-Nachrichten
Unserem langjährigen Parteigenossen **Otto Behmann u. Frau** zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche
Ortsverein der SPD, Marktleeberg

Statt Karten.
Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Anteilnahme, die uns beim Heimgange unserer lieben unvergessl. Entschlafenen **Inge** durch Wort und Schrift zuteil wurden, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. Besonders Dank ihrer Lehrerin **Frau König**, den Spielschulanten und Herrn **Pfarrer Buchwald**, Leipzig W 33, d. 10. März 1931
Lütner Straße 108
Familie Artur Wenzel

Nach langjähriger Ausbildung habe ich mich hier niedergelassen
Dr. med. Gertrud Teichmann
praktische Ärztin
Wundärztin und Geburtshelferin
Leipzig-Wahren
Zeilsgweg 6 — Tel. 53401

Soeben erschienen!
Leitfaden durch die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung
Kurze, gemeinverständliche Darstellung der hauptsächlichsten Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung nach dem Stande vom 1. Februar 1931
Preis 30 Pfennig
Alle Filialen und Anträger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteil. Buchhandlung, Leipzig C 1
Tauchaer Straße 19/21

Unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater
Paul Arnold
verchied Dienstagmorgen an einem schweren Leiden im Krankenhaus St. Jakob im Alter von 64 Jahren.
Leipzig W 33, Dreilindenstraße 25
Bayreuth und Eifenach.
Die tieftrauernden Kinder.
Die Einäscherung findet Freitag, den 13. März, 15.30 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Von Beileidkundgebungen und Blumenpenden bitten wir absehen zu wollen.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied plötzlich und unerwartet mein lieber, guter Mann und treuerzgender Vater, der
Zurichter Otto Müller
Dies zeigt in tiefer Trauer an
Frau Frieda Müller geb. Steuermann nebst Angehörigen
Die Einäscherung findet Freitag, den 13. März 1931, 15.30 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenpenden dankend abgelehnt.

Statt Karten.
Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme, die uns beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres unvergesslichen Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des **Zimmererpoliers Karl Händel** durch Wort, Schrift und Blumenpenden zuteil wurden, sagen wir unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Gefangenenverein Männerchor L.-Großfischer für den erhabenden Gefangenen und Herrn **Pfarrer Lohse** für die trostreichen Worte am Sarge.
L.-Kleinzfischer, den 9. März 1931.
Berta Händel verw. gew. Häse
im Namen aller Hinterbliebenen.

Hühneraugen beseitigt schnell und sicher
Kukirol
Kleine Packung 40 Pfg., Original-Packung mit der doppelten Menge und 1 Gratis-Probe Kukirol-Fußbade-Salz im Werte von 20 Pfg., nur 75 Pfg.
Kukirol-Verkaufsstellen: Adler-Apotheke, Hainstr. 6; Drogerie Aumann & Co., Burstr. 25; Rölls Drogeriehaus, Grimmaischer Steinweg 17; Drogerie Volt Nil, Gerberstr. 3; in Lindenau: Frau Clara Mantel, Mersburger Straße 50 b.

Trauerspiel der bürgerlichen Presse

„Rotation“ von Hermann Kesser.

Aus Frankfurt a. M. schreibt unser Mitarbeiter: Wenn der Dichter von sich selbst sagt: „Mein Anfang als Dichter ist das soziale Herzklopfen gewesen. Ich wurde Partei-

Ob dieser Schluß notwendig und berechtigt ist, darüber wollen wir mit dem Dichter nicht streiten. Dafür wollen wir anerkennen, daß der Dichter getreu seinem Wort in seinem Drama handelt: Des Dichters erste Mission ist: Das Gesicht seiner Zeit bestimmen, abzu-

Sang vom Schlaraffenland

Von Walter Mehring.

In den nächsten Tagen erscheint im S. Fischer-Verlag von Walter Mehring: „Arche Noah S.O.S.“, neues, trostreiches Lieberbuch, dem wir folgende Strophen entnehmen:

Im fabelhaften Schlaraffenland — da lebst du's fabelhaft, Da werden ganze Vermögen — in die Luft, in die Luft gepafft!

Wer nichts hat, der läßt kaufen Und wird im Geld erlaufen. Er tut auf Aktien setzen, Bis die Aktien Junge kriegen — Und wer nichts tut, ist Spekulant, Hat alle andern an der Hand!

Im fabelhaften Schlaraffenland — da gibt es kein Gesetz, Da gibt es nur Paragrafen — die sind eine wahre Heil-

Wer reich, kann sich nicht retten, Dem fügen zu Füßen und Betten Die Damen und die Mädchen, Die Girls, Mabelons und Gretchen. Doch wer als gar zu geschäftig bekannt, Der wird verlast mit Schimpf und Schand'!

Im fabelhaften Schlaraffenland — da liebt sich's fabelhaft! Da wachsen die teuersten Frauen — misamt der Leidenschaft!

Wer reich, kann sich nicht retten, Dem fügen zu Füßen und Betten Die Damen und die Mädchen, Die Girls, Mabelons und Gretchen. Doch wer als gar zu geschäftig bekannt, Der wird verlast mit Schimpf und Schand'!

Ihr Lieben! Welch Interesse! Ist Ihnen denn nicht bekannt: Sie leben ja längst im Schlaraffenland, Schlaraffenland,

Kriminal-Filme

Erstreckt sich einmal zwei Filme, die bei aller Schablone auch eigenen Geist entwickeln. „Schachmatt“ (in der Albert-

Das Ende des Zar-Befreiers

Mir schien es, daß sich die Tragödie Alexanders II. mit unheimlicher Schicksalsnotwendigkeit wie in einem Shakespeareschen Drama vollzog.

Die reitende Scherenselbstgarde umgibt nicht den zur Vor-

In der Tat umstrahlte noch nie ein Roman ein Glanz wie den Nachfolger des ersten Nikolaus, als er, während des Krim-

Aber wie Alexander II. persönlich eine zweifelhafte Natur war, in der sich Güte mit Grausamkeit, Lebenswürdigkeit mit Rohheit,

wies der Zar sie scharf und schroff zurück: „Das Recht der Initia-

Wenn die Adelsversammlung von Twer in ihrer Adresse die

Da jede offene politische Wirksamkeit in dieser Stidkluft un-

Charles Ashleigh: Londoner Pagen

Es regnet und die Straßenlaternen leuchten schwach durch die

Der Knabe in Uniform ist ein Page, einer der Tausende vier-

Tief unten im eleganten Hotel leben die Pagen. Fünf schmale

Am halb sieben müssen die Pagen sich in der Halle einfinden

aber dieses Thema wird auf eine neue Art, so ein bißchen im Stille

essen, puzen die Küchenjungen am gleichen Tisch Messer; Wasser

Wenn die Pagen nicht arbeiten, so verbringen sie ihr Leben

Eine halbe Stunde Zeit für das Frühstück, dann bringen die

Die Pagen unterziehen dem Hotelportier. Er ist der Herr über

Für das Mittagessen haben die Pagen eine halbe Stunde Zeit;

Jene, die den ganzen Nachmittag arbeiten, haben um halb

In den Klubs dürfen die Pagen keine Trinkgelber nehmen;

(Verehrte Hebertragung von H. J. M. H. H.)

Der deutsche Filmregisseur Murnau ist auf dem Wege von

Der Jugendpreis deutscher Erzähler von der Deutschen Buch-

SACHSEN

Die sächsischen Arbeiterkammer

Der 2. Kreis (Freistaat Sachsen) des Arbeiterkammerbundes hielt am 24. Februar und 1. März seine diesjährige Kreisversammlung im Deutschen Hygienemuseum in Dresden ab. In der Eröffnungsansprache würdigte der Vorsitzende, Genosse Simant, die Tatsache, daß es sich um den zehnten Kreisstag handelte. Zwar wurden schon im Jahre 1901, also vor drei Jahrzehnten, die ersten Kolonnen in verschiedenen sächsischen Städten gegründet, aber die Kreisorganisation besteht jetzt gerade zehn Jahre. Trotz der schwierigen Verhältnisse war ihre Entwicklung in diesem Zeitraum günstig. Auch für das vergangene Geschäftsjahr konnte Genosse Simant trotz allem eine Aufwärtsentwicklung konstatieren. Siebzehn neue Kolonnen wurden gegründet, eine Landesammlung hatte guten Erfolg, Kurse und Fortbildungen dienten zur Weiterbildung der Funktionäre. Das neue Geschäftsjahr soll weiteren Ausbau im Interesse des allgemeinen Gesundheitswesens bringen. Diesen Wunsch brachte auch Begrüßungsschreiben des Arbeiters- und Wohlfahrtsministeriums sowie des Landtagspräsidenten Genossen Wedel zum Ausdruck.

Eine besondere Bereicherung der Tagung war ein wichtiger Vortrag des Genossen Erich Zeigner über „Rechtstragen im Samariterwesen“. An Hand zahlreicher Beispiele erläuterte Genosse Zeigner u. a. die Fragen, wie weit die Samariter zur Hilfeleistung verpflichtet, wie weit sie andererseits dazu berechtigt sind, wie es mit der Schweigepflicht und dem Zeugnisverweigerungsrecht steht, wann eine Schadenersatzpflicht erwachsen könnte, wann umgekehrt Erfahrungsmaß für gemachte Aufwendungen besteht und welche Rechtskonflikte sich sonst ergeben könnten. Genosse Zeigner betonte in seinen Darlegungen, daß das geltende Recht unüberwindlich und unzureichend sei; er sprach den Wunsch aus, daß die Arbeiterkammer bei den gesetzgebenden Körperschaften entsprechende Gesetzesänderungen anregen möchte. Im Anschluß an den mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag beantwortete der Redner noch eine Anzahl weiterer Rechtsfragen, die ihm aus dem Kreise der Delegierten gestellt wurden. Die Darlegungen des Genossen Zeigner sollen allen Mitgliedern des Bundes zugänglich gemacht werden.

Der Kassendbericht ergab eine Beitragsleistung der Mitglieder von 80 Prozent. Die Kassenerhältnisse können als zufriedenstellend bezeichnet werden. Den technischen Bericht erläuterte Gen. Kaiser. Infolge der schweren Not sind die Haus- und Hauskrankenpflegen zahlenmäßig zurückgegangen, aber die Zahl der Ausweisungen von Krankenpflegern ist gestiegen. In den 10 Jahren seit Beitritt des 2. Kreises ist in den Betrieben in 1042382 Fällen erste Hilfe geleistet worden. Im öffentlichen Leben sind 580329 Fälle zu verzeichnen. In den letzten 5 Jahren wurden in der Hauskrankenpflege 13219 Pflegen mit 175548 Stunden geleistet. Bei Versammlungen, Kundgebungen usw. wurden 48403 Wochen mit 27198 Genossen und 82388 Genossen und 446737 Stunden Dienst verrichtet. Bei Spörlivereinen wurden in den letzten 5 Jahren 69995 Wochen mit 116981 Samaritern in 31111 Dienststunden gestellt. Dies sind nur einige Proben aus der umfangreichen Arbeit, die beweist, daß die Arbeiterkammer jederzeit auf dem Posten ist. Zum Schluß sei noch besonders hervorgehoben, daß alle Dienste unentgeltlich ausgeführt werden und daß sich bei den einzelnen Kolonnen Krankenpflegerartikeln befinden, die an alle Hilfsbedürftigen ausgeteilt werden.

Der Kreisvorsitzende war bis jetzt ehrenamtlich tätig. Ohne Aussprache wurde ein Antrag einstimmig angenommen, den Kreisvorsitzenden künftig zu besolden. Die Neuwahlen erbrachten keine Veränderung der Kreisleitung. Zum Bundesstag entsendet der 2. Kreis 12 Delegierte. Die 9. Punkt löste eine längere Aussprache aus. Es wurden 11 Bezirksleiter und eine Genossin vom Bezirk Chemnitz gewählt. Unter allgemeinem Wies der Vorsitzende noch auf die in diesem Jahre stattfindende Lotterie hin und erwähnte die Delegierten, für recht regen Absatz der Lose zu sorgen.

Sosenrollen im Staatsorchester

Die Folgen von Buschs Gastspielreisen

Eine sonderbare Mysterie ist vor einigen Tagen im Orchester der sächsischen Staatsoper vorausgetreten worden. Generalmusikdirektor Fritz Busch, der mit seinen zweiundsechzigtausend Mark Jahresgehalt unmöglich auskommen kann, war wieder einmal auf Gastspielreisen und hatte sein Orchester einfach mitgenommen. Um nun aber auch in Dresden Oper spielen zu können, mußte Kapellmeister Kutschbach sich ein Notorchester zusammenstellen. Die in Dresden verbliebenen Rudimente des staatlichen Orchesters wurden mit einigen emeritierten Musikern aufgefüllt. Dazu nahm man noch gegen fünfundsiebzig Schüler aus der Orchesterhule, also junge Leute, die noch nicht einmal ihr Studium abgeschlossen haben. Und schließlich griff Kutschbach auch zu drei — jungen Mädchen. Da aber das Publikum, dem man ruhig die üblichen Preise abnahm, möglichst nicht den veränderten Charakter der „Staatskapelle“ erkennen durfte, kam Kapellmeister Kutschbach auf eine, für ein Staatsorchester zwar etwas ungewöhnliche, dafür aber um so glänzendere Idee: die jungen Damen mußten ihre Kleider ausziehen, in Männerhosen, steife Oberhemden und Smolings schlüpfen, das Haar entsprechend aufstecken, und schon war jedes Orchestermitglied ein Mann. Das von jeder die verleierte Damentapelle als seine Glanznummer führt, mit hundertprozentigem Erfolg imitiert. Durch die sächsische Staatsoper!

Natürlich kosteten diese Anstaltskräfte auch Geld. Ein jedes bekam pro Abend seine zwölf Mark, so daß die Privatgastreise des Generalmusikdirektors für den Staat auch noch mit haren Extrakosten verbunden ist. Buschs Dresdner Clique, unter der sich einflußreiche, auf ihr vornehmtes Recht der unbeeinträchtigen Meinungsäußerung verzehrende Journalisten befinden, wird wieder das alte Preisgeld auf ihren Meister anstimmten: durch seine Gastreisen trägt Busch das Renommee der Dresdner Oper in alle Lande! Und während Busch Dresden Dresden sein läßt und ihm sogar sein Orchester entzieht, wird hier, in völliger Unkenntnis um das Renommee der sächsischen Staatsoper, ein Gesangsorchester in unwürdiger, geradezu läppischer Weise zusammengestellt. Schüler werden ins Orchester geleitet, und Sosenrollen an junge Mädchen verteilt. Das alles macht sich nötig, damit Herr Busch seine Privatloste füllen kann.

Betriebsstilllegungsanzeigen im Februar

Beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sind im Februar 333 Anzeigen von Betriebsstilllegungen und Betriebsbeschränkungen eingegangen, 17 weniger als im Januar. Im Dezember 1930 belief sich ihre Zahl noch auf 439 und im November 1930 sogar auf 555. Von den eingereichten Anzeigen steht wieder die Textilindustrie mit 107 an der Spitze, dann folgt mit 69 der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Die Papierindustrie und das Vertriebsgeschäft sind mit 34, die Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren mit 29 und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 24 Anzeigen beteiligt. Die elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik war mit 20 Anzeigen vertreten. In weitemer Abstände folgen dann die Eisen- und Metallgewinnung mit 18, die Industrie der Steine und Erden mit 10 sowie das Nahrungsmittelgewerbe mit 8 Anzeigen. Dem Bekleidungsindustrie entfielen 7 Anzeigen. Von den im Monat November eingegangenen 555 Betriebsstilllegungs- und Betriebsbeschränkungsanzeigen fand, wie jetzt mitgeteilt wird, die Stilllegungsverordnung in 58 Fällen keine Anwendung. Im übrigen kamen bei der Durchführung der Maßnahmen 2147 Arbeiter und 700 Angestellte zur Entlassung.

Kommunalgas oder Ruhrgas?

Voraussetzungen und Ergebnisse

Zur Frage der Ferngasversorgung von der Ruhr aus ist hier wiederholt Stellung genommen und darauf verwiesen worden, daß die in Aussicht gestellten Vorteile keineswegs von solch weittragender Natur sind, daß sie auch im Falle des 100prozentigen Gelingens des Ruhrgasplanes die Zulassung von unzähligen vorhandenen Gaswerken und der mit ihnen verknüpften Industrien berechtigen. Die Entwicklung hat uns in dieser Hinsicht recht gegeben.

Es ist noch nicht an der Zeit, unter der Ruhrgasexpansion einen Schlüsselstrich zu ziehen; andererseits kann nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß das ganze Vorhaben beginnt, sich allmählich auf natürliche und normale Grenzen zu beschränken. Nichtsdestoweniger erscheint es auf Grund einiger typischer Beispiele zweckmäßig, festzustellen, in welcher Weise die verschiedentlich geäußerten Bedenken sehr an manchen Stellen im Reich Berücksichtigung gefunden haben. In der Verwertung des Koksogases ist eine Kerkangsamung eingetreten; das Ergebnis von 3 Jahren „Gasstumpf“ wird keinen der daran Beteiligten befriedigen; hinsichtlich der weiteren Ziele mußten auf allen Seiten die Pflöde zurückgedreht werden.

Eine der größten Überraschungen erlebt man in bezug auf die Gaswerke der Stadt

Köln

die sich bekanntlich trotz begründeter öffentlicher Kritik zum Ferngasbezug entschlossen hat. Nach den damaligen (Mitte 1929) städtischen Vorlagen wurde der Ferngasbezug als Grundbedingung für die Gasverbilligung dargestellt; nach Äußerungen der Kölner Presse sollten die billigeren Gaspreise schon im Herbst 1930 in Funktion treten. Aber auch im Verlaufe des ganzen Jahres 1930 ist man in Köln zu dieser versprochenen Gasverbilligung nicht gekommen. Darüber hinaus verdienen die Ausführungen eines Kölner Stadtverordneten in einem dortigen Blatt insofern eine Beachtung, als im Kölner städtischen Etat ein Ueberschuß von den Gaswerken für 1930 (also bei Ferngasbezug) bei verhältnismäßig günstigen Anlässen nur 2,8 Millionen Mark beträgt, während früher (beim Eigenbetrieb der Gaswerke) dieser Ueberschuß 4,7 Millionen Mark erreichte. Eine weitere Grundbedingung des Vertragsabschlusses bezüglich Ferngasbezug war in Köln die, daß im Frühjahr 1931 zusammen mit den Vertragspartnern in Köln eine Kokerie erbaut werden sollte. Nach sechsen bekanntgewordenen Nachrichten ist aber auch der Bau dieser Kokerie auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Stettin

erlebte man ähnliche Enttäuschungen. Vor zwei Jahren hat sich die Stettiner Stadtverwaltung, trotz eingehender Kritik in der Presse, entschlossen, Zulaggas für städtische Zwecke von der Kokerie eines in der Nähe von Stettin befindlichen Hohenwerkes zu beziehen, und zwar zu Preisen, die höher lagen als die Erzeugung dieser Gasmenge auf dem eigenen, sehr zeitgemäß eingerichteten Stettiner Gaswerk. Man entschloß sich zu dieser Maßnahme unter dem Druck der Hütte, das Hohenwerk mit den 700 Mann Belegschaft stillzuliegen, falls sich die Stadt nicht entschließen sollte, von der Hütte Zulaggas zu beziehen. Die Voraussetzung zum Bezug des Zulaggas bestand also darin, daß das Stettiner Hohenwerk dauernd im Betrieb bliebe und die Arbeiter weiter beschäftigte. Nun ist aber kürzlich das Hohenwerk stillgelegt und die Belegschaft entlassen worden, die Kokerie des Hohenwerkes kann aber weiter Gas an die Stadt liefern, und zwar zu höherem Preise, als das Stettiner Gaswerk erzeugen kann. Die Hütte macht also ein Geschäft, zu dem die Stadt Stettin dem Hohenwerk nur auf Grund von sozialpolitischen Erwägungen seinerzeit verholten hatte. Das Widerwärtige ist dabei, daß sich nunmehr in einer Stadt zwei Gasereuzungs-

anlagen befinden, von denen jede einzelne teurer arbeitet, als wenn die Gaserzeugung an einer Stelle konzentriert würde. Eine Parallele hierzu bilden die Verhältnisse in

Silbesheim

Kurios ist hier, daß derselbe Gaswerksdirektor, der vor 3 Jahren sich in einem Vortrage eindeutig und mit aller Entschiedenheit gegen den Bezug von Ferngas ausgesprochen hatte, sich kürzlich sehr intensiv für den Anschluß der Silbesheimer Gasversorgung an die Kokerie der Hütte der Hütte einsetzte. Nun ist bekannt, daß auch die Arbeiter Hütte inzwischen stillgelegt worden. Die dortige Presse bemerkt hierzu, daß es nur als magerer Trost wirkt, wenn jetzt zur Beruhigung der Bevölkerung gesagt wird, daß Silbesheimer Gaswerk befände sich ja noch immer im Betrieb. Merkwürdig ist hierbei, daß sich der Stadt Silbesheim wiederholt Gelegenheiten boten, ihre Gasversorgung für die Zukunft rentabel und auf einer viel sichereren kommunalen Grundlage aufzubauen; diese Gelegenheiten hat Silbesheim zum eigenen Nachteil nicht ausgenutzt.

Ein ähnliches Durcheinander konnte man auch bei der

Seloga

(Heilsche kommunale Gasversorgung) beobachten, deren Problem die Deffektivität jahrelang wie kein anderes beschäftigte. Nirgendwo hagelte es demnach an Denkschriften wie gerade in dem Gebiet der Seloga (Mainz, Darmstadt usw.). Unter vielen anderen Denkschriften erschien hier auch eine des Direktors der Darmstädter Gaswerke, der sich für den (von ihm als wirtschaftlich nachgewiesenen) Ausbau des eigenen Gaswerkes aussprach. Die Gegenentschrift seines Dezerenten sprach sich für Fernbezug von Kokeriegas aus. Die Stadtverwaltung folgte den Ausführungen ihres Gasdirektors und nicht denjenigen des Dezerenten, es ist nicht bekannt geworden, ob und welche Konsequenzen der Dezerent hieraus gezogen hat. Infolge des inzwischen durchgeführten Ausbaues des Darmstädter Gaswerkes sowie aus Gründen und Bedenken teils wirtschaftlicher, teils juristischer Natur leitens anderer Partner der Seloga ist man hier einzuweisen in die Sackgasse geraten. Unter diesen Umständen ist zunächst unbegreiflich, daß die Mainzer Stadtverwaltung angeblich noch immer starr an der seit Jahren intensiv vertretenen These des Vertragsabschlusses mit der Ruhr festhält um so mehr, als man hört, daß in Mainz von anderer Seite Angebote vorliegen, die der Stadt eine jährliche Einnahme von 1 Million Mark aus den Gaswerken garantieren sollen.

Unglücksfälle

berührt werden, die mit der mangelnden Erfahrung bei der Verlegung von Kokeriegasleitungen zusammenhängen. Raum sind seit den fürchterlichen Gasrohrbrüchen in Duisburg zwei Jahre vergangen, und schon meldet die Presse von neuen (teilweise mit Bergungsmängeln) Ferngasrohrbrüchen, so Ende 1930 an der Bahnstrecke Oberhausen—Mülheim, Anfang 1931 in der Nähe von Barmen (Remscheid, Hilden usw.) und kurz darauf auch in Oberhausen, so daß auch die Düsseldorf Nachrichten sich für die schärfere Ueberwachung der Ferngasleitungen einsetzen.

Im Vorliegenden sind nur einige aus der Reihe vorhandener Beispiele gebracht, welche klar und deutlich beweisen, wie nutzlos es wäre, wenn kommunale Selbstverwaltungsorgane sich bei Entscheidungen von ähnlicher Tragweite die ausgiebig geübte Kritik zunutze gemacht hätten. Da ähnliche Entschlüsse auch in der Zukunft auf der Tagesordnung stehen können, bleibt zu hoffen, daß die vorstehenden Ausführungen manchem Kommunalpolitiker als warnendes Beispiel dienen werden und insofern von Nutzen sein können.

Sachsen legt eine Inlandsanleihe auf

Die Beratungskommission in Berlin hat zugestimmt, daß der Freistaat Sachsen eine Inlandsanleihe von 20 Millionen RM. Schahenweisungen mit zweijähriger Laufzeit verzinslich zu 7 Prozent auflegt. Die Zeichnungsaufforderung soll dem Vernehmen nach in den nächsten Tagen ergehen.

Das Verbot der Arbeiterstimme

Das Presseamt des Polizeipräsidenten Dresden teilt mit:

Bekanntlich hatte das Polizeipräsidentium Dresden die kommunalistische Tageszeitung „Arbeiterstimme“ wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten auf die Dauer von vier Wochen, und zwar vom 21. Februar bis einschließlich 20. März d. J., verboten. Die Beschlüsse, die der Verbot der „Arbeiterstimme“ gegen dieses Verbot eingelegt hatte, ist nunmehr durch Beschluß des 1. Straffenats des Reichsgerichts vom 5. März d. J. verworfen worden.

Kampf um die kostenlose Totenbestattung

Die Stadtverordneten von Plauitz hatten gegen die Anordnung der Aufsichtsbehörde, angehts der finanziellen Notlage der Stadt die kostenlose Totenbestattung aufzuheben, bei der Gemeindevorstand Einspruch erhoben, der jedoch von der Kammer abgewiesen wurde. Die linke Stadtverordnetenmehrheit (Sozialdemokraten und Kommunisten) beschloß in der letzten Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Bürgerlichen, die kostenlose Totenbestattung bestehen zu lassen. Ein vom Stadtrat vorgelegtes Ortsgesetz, das die kostenlose Totenbestattung beibehalten wollte, wurde mit der gleichen Mehrheit abgelehnt.

Unsicherheit auf den Landtrassen

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden teilt mit:

Wegen der zunehmenden Unsicherheit auf den Landtrassen und um den Anreiz zu Raubüberfällen wirksam zu vermindern, werden Gelder und Wertsendungen von den Landtrassenposten bei Fahrten in der Dunkelheit vorläufig nicht mehr befördert. Damit erfährt auch die Einlieferungsmöglichkeit bei den Poststellen bis auf weiteres gewisse Einschränkungen, die von der Deffektivität vorübergehend in Kauf genommen werden müssen.

Tagung der Entschiedenener Schulreformer

Der Landesverband Sachsen im Bunde Entschiedenener Schulreformer hält seine diesjährige (4.) Oftertagung vom 2. bis 4. April unter dem Motto: „Der Bund Entschiedenener Schulreformer und die politischen Parteien“ auf der Jugendburg Hohnstein ab.

Hohnstein-Ernstthal. Ein ungetreuer Beamter verurteilt. Das Kleine Schöffengericht beim hiesigen Amtsgericht verurteilte den 28 Jahre alten Kammerbeamten Johannes Böhmne aus Oberlungwitz wegen schwerer Amtsunterschlagung zu 1 Jahr Zuchthaus. Böhmne, der als Kassierer bei der Gemeindeparafasse Oberlungwitz tätig war, hatte im Laufe mehrerer Jahre insgesamt 10290 Mark unterschlagen und auf leichtsinnige Weise verbrannt.

Delonitz i. C. Ein Wahnsinniger. Ein 30 Jahre alter Bergarbeiter verlorte sein zwei Jahre altes Kind durch einen Sturz mit einer Gabel so schwer, daß das Kind in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Vater soll in restlosem Wahnsinn gehandelt haben. Als Mitglied einer Sekte hat er öfter behauptet, er sei sieben Jahre vom Teufel verfolgt worden.

Dividendenkürzung bei C. W. Naumann

Die Brauerei C. W. Naumann L. G., Leipzig-Blagwitz, hat diesmal ihre Dividende von 8 auf 6 Prozent gekürzt. Die Veränderungen in den Ziffern der Gewinnrechnung sind aber nur gering. Die Roh-Einnahmen sind von 4,7 auf 4,8 Millionen Mark gestiegen; die Aufkosten gleichfalls etwas kleiner geworden. Durch Erhöhung der Abschreibungen von 2,8 auf 2,8 Millionen Mark ist erreicht worden, daß der Reingewinn stärker sinken konnte als der Rohgewinn, nämlich von rund 203 000 auf rund 160 000 Mk. Auf diese Weise ist man auch zu einer niedrigeren Dividende gekommen.

Die geringen Veränderungen der Gewinnziffern stehen einigermaßen in Widerspruch mit den beweglichen Klagen des Geschäftsberichts darüber, daß die Biersteuererhöhung einen beträchtlichen Rückgang des Absatzes zur Folge gehabt hätte. Wenn das Unternehmen trotzdem „noch einen einigermaßen günstigen Ertrag“ aufweist, so sei dies dem Umstande zu verdanken, daß die Ertragsbedingung mit Rohmaterialien zu billigen Preisen erfolgen konnte und die Absatzsteigerung in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres auf den später eingetretenen Minderabsatz etwas ausgleichend wirkte.

Bewertenswert ist, daß trotz der Zunahme der Forderungen, die auf erhöhtes Kreditbedürfnis bei der Gastwirtschaftskundenschaft hinweist, die Verpflichtungen nicht zuzunehmen brauchten.

Im Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß infolge Minderabsatzes eine Verminderung der Belegschaft nicht zu umgehen gewesen und daß eine weitere Verminderung der Belegschaft und Arbeitszeitverkürzungen zu erwarten seien.

2465 Millionäre in Deutschland

Zunahme der Millionäre trotz Krise.

Aus der neuen Statistik für Vermögenssteuer-Veranlagung ergibt sich, daß es in Deutschland 2465 natürliche Personen gibt, die ein steuerpflichtiges Vermögen von über eine Million Reichsmark besitzen. Mehr als 5 Millionen besitzen aber nur 115 Personen, und nur 40 Personen haben ein Vermögen von über 10 Millionen Reichsmark zu verzeichnen. Es ist aber doch festzustellen, daß trotz der Krisenzeit die Zahl der Millionäre um 130 zugenommen hat.

Sanierung der Krietsch-Mühle

durch die öffentliche Hand

Die Wurzener Kunstmühle und Biskuitfabrik A. G. vorm. F. Krietsch in Wurzener beruft auf den 30. März eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 20:1 unter gleichzeitiger Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien Beschluß fassen soll. Die Zusammenlegung wird zur Bornehme von Abschreibungen und Rücklagen sowie zur Deckung des Verlustes erfolgen. Das Kapital soll dann um nom. 500 000 Mark neue Vorzugsaktien C und um bis zu nom. 800 000 Mark neue Stammaktien erhöht werden. Von den Vorzugsaktien werden der sächsische Staat vorzugsweise 300 000 Mark und die Stadt Wurzener 200 000 Mark übernehmen.